

Besprechungen

Jürgen Habermas: Zur Logik der Sozialwissenschaften. Tübingen 1967.
J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 195 S.

In der Methodendiskussion der Sozialwissenschaften „die positivstisch erstarrte Reflexion wieder zum Leben zu erwecken“ (S. 98), dieser Aufgabe will sich Habermas in der zu besprechenden Schrift unterziehen. Zwar läßt sich mit Fug und Recht bezweifeln, daß die Reflexion tot darniederlag; zumindest hat der „Wiedererweckungsprozeß“ mit Habermas' Auseinandersetzung mit Hans *Albert* in der Kölner Zeitschrift bereits begonnen. Aber man sollte schon zufrieden und erfreut sein, wenn es statt zu einer spektakulären Wiedererweckung nur zu einer stärkeren Lebendigkeit und zu einer Ausweitung der Argumentationsbreite der Diskussion kommt.

Anknüpfend an die *Rickertsche* These vom Dualismus der Natur- und Kulturwissenschaften, stellt Habermas zu Beginn seiner Überlegungen fest, daß dieser Dualismus bis heute fortdauere. Die sich aus den divergenten methodischen Orientierungen ergebende Problematik sei durch ein szientistisch-positivistisches Bewußtsein weitgehend überdeckt worden. Analytische Wissenschaftstheorie und philosophische Hermeneutik nähmen voneinander keine Notiz. Während aber die beiden Bereiche der Naturwissenschaften und der Geisteswissenschaften nebeneinander — ohne auf den anderen zu reflektieren — existieren könnten, gelänge das nicht für die Sozialwissenschaften. Unter ihrem Dach müßten ständig die Spannungen der divergierenden Ansätze ausgetragen werden, weil es die Forschungspraxis erzwingt.

Die methodologische Reflexion in den Sozialwissenschaften hat nach Habermas drei verschiedene theoretische Ansätze zu verfolgen. Es sind dies 1. der empirisch-analytische, 2. der normativ-analytische und 3. der historische Ansatz. Der empirisch-analytische Ansatz entspricht dem Wissenschaftsbegriff der „Positivisten“, wonach die Sozialwissenschaften eine im Prinzip einheitliche Verhaltenswissenschaft sind, die sich von den Naturwissenschaften ihrer Struktur nach nicht unterscheidet. Der normativ-analytische Ansatz enthält als Bedingung der Analyse hypothetische Handlungsmaximen. Er findet sich hauptsächlich in ökonomischen Forschungen, soweit sie nicht zur Ökonometrie gehören. Der historische Ansatz schließlich wird in vielen politikwissenschaftlichen und soziologischen Untersuchungen verfolgt, ohne einen Zusammenhang mit allgemeinen Theorien überhaupt zu intendieren. Dieser dritte Ansatz kann offenbar deshalb als „theore-

tischer Ansatz“ bezeichnet werden, weil er insbesondere mit der hermeneutischen Verfahrensweise verbunden ist.

Ziel der ganzen Untersuchung ist es zu zeigen, daß „alle drei theoretischen Ansätze . . . ein relatives Recht beanspruchen“ können und — außer dem erstgenannten — sich nicht, „wie der Positivismus annimmt, aus mangelhaften oder unklaren methodologischen Voraussetzungen“ ergeben (S. 5). Der Inhalt der Untersuchung besteht, kurz zusammengefaßt, in dem Versuch einer Rehabilitierung des hermeneutischen Denkens, speziell einer verstehenden Soziologie (auf die sich die Soziologie allerdings nicht reduzieren darf), wobei die strukturell-funktionale Theorie in den Begründungszusammenhang eingliedert wird. Der Gedankengang entwickelt sich dabei auf vielfach verschlungenen Wegen zwischen Max Weber und Wittgenstein, wobei die verschiedensten Theoretiker und Theorien nacheinander einer ausführlichen kritischen Behandlung unterzogen werden.

Habermas stützt sich auf *Gadamer's* Konzeption in „Wahrheit und Methode“, die er sich in wesentlichen Zügen zu eigen gemacht hat. Kritisch wendet sich Habermas gegen *Gadamer's* Theorie, nach der die „hermeneutische Erfahrung abstrakt der methodischen Erkenntnis im ganzen entgegengesetzt“ sei (S. 173). Es sei offengelassen, ob mit diesem Satz wirklich das *Gadamer'sche* Denken sachgerecht interpretiert wurde. Wenn die hermeneutische Erfahrung „den Kontrollbereich wissenschaftlicher Methodik übersteigt“ (*Gadamer*), so braucht sie damit doch der „methodischen Erkenntnis“ keineswegs entgegengesetzt zu sein. Jedenfalls ist der Meinung Habermas', daß die Handlungswissenschaften nicht daran vorbei können, „empirisch-analytische Verfahrensweisen mit hermeneutischen zu verbinden“, voll zuzustimmen.

Wenn man nun diese Verbindung bei Habermas erproben will, so wird man enttäuscht. Habermas hat den Gesichtspunkt, unter dem sie erfolgen könnte, nicht entwickelt. Die drei zu Anfang genannten „theoretischen Ansätze“ stehen auch am Schluß unverbunden nebeneinander. Der empirisch-analytische Ansatz und der historische Ansatz sind von ihm anerkannte methodische Positionen. Weniger gilt das für den normativ-analytischen Ansatz, da in ihm die Sollzustände des Systems angeblich willkürlich festgesetzt werden. Das System gibt also keine Auskunft über die empirische Wirklichkeit. Habermas schließt sich in diesem Zusammenhang voll der Kritik *Alberts* an der nationalökonomischen Theorie an, die in den Vorwurf des „Modellplatonismus“ mündet. Nach *Albert* müssen aus Theorien empirisch gehaltvolle Gesetzhypothesen abgeleitet werden können, die sich falsifizieren lassen. Das aber ist bei den meisten ökonomischen Modellen nicht der Fall.

Dieser von *Popper* inspirierte Gedankengang ist jedoch nicht zu halten. Auch scheint es allmählich an der Zeit, dem nationalökonomischen Modelltheoretiker sein — wegen dieser Kritik — verloren gegangenes gutes Gewissen wieder zurückzugewinnen. Grundsätzlich lassen sich nur Tatsachenaussagen verifizieren oder falsifizieren. Sol-

che Aussagen setzen aber Begriffe voraus, die ihrerseits in der Reflexion nur geprüft werden können, ob sie in die bisherige Theorie hineinpassen und ob sie die Gegenstände auch erfassen, die sie in der Definition zu erfassen streben. Theoretische Modelle der Wirtschaftswissenschaften sind als Begriffsbildungen der Wirtschaft oder ihrer Teilbereiche anzusehen und insofern im Prinzip berechtigt. Wollte man allein auf die Falsifizierbarkeit in der Theorie abheben, so wäre die nationalökonomische Theorie auf die Prognose, wie sie vor allem in der Ökonometrie herrscht, reduziert oder besser: die Theorie wäre durch die Prognose ersetzt.

Trotz dieser negativen Stellungnahme zum normativ-analytischen Ansatz bewegt sich Habermas auf einen „hermeneutisch aufgeklärten Funktionalismus“ zu. Dieser erlaubt „die Analyse von Handlungszusammenhängen unter dem doppelten Gesichtspunkt des subjektiv bestimmenden und des objektiven Sinns“ (S. 192). Aber auch dessen Verhältnis zum empirisch-analytischen Ansatz wird nicht weiter expliziert bis auf die knappen Feststellungen, daß hermeneutische Verfahrensweisen unumgänglich seien, „sobald Daten auf der Ebene kommunikativer Erfahrung gesammelt werden“. Ebenso wichtig seien sie „bei der Wahl des kategorialen Rahmens“ (S. 172).

Daß das geschichtsphilosophische Postulat eines „antizipierten Endzustandes eines Bildungsprozesses“ (S. 193) anstelle des Sollzustandes eines selbst geregelten Systems im Funktionalismus eine wissenschaftlich genügend begründete Interpretation der sozialen Wirklichkeit erlaubt, kann mit guten Gründen bezweifelt werden. Eine aus der Sache interpretierende und zugleich kritische Hermeneutik scheint mir hier verlassen worden zu sein. Gerade weil Erkennender und Erkenntnisgegenstand im Erkenntnisakt eine Einheit bilden, muß auch zugestanden werden, daß diese Einheit vom Erkennenden zuvor anerkannt („geglaubt“) werden muß. Dann aber ergeben sich in den Strukturen der Einheit, und d. h. aus den Relationen der Bestandteile des Systems, die Normen und Ziele, die jede Praxis erst begründen. Die historisch-empirisch gesättigte Argumentation über die Relation der Teile in dem zum Gegenstand der Erkenntnis gemachten System ist unabhängig von einem solchen Entwurf zu leisten, ja er würde sie letztlich auf ein Entscheidungsproblem für den jeweilig postulierten Endzustand reduzieren. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der „antizipierte Endzustand“ für Habermas nicht eine leichthin auswechselbare theoretische Komponente, sondern ein Grundbestandteil seines dialektischen Denkansatzes ist, der im übrigen in dieser Schrift nur wenig entfaltet wird.

Der entscheidende Punkt ist Habermas' Abneigung gegen die vom Positivismus geforderte Einheitswissenschaft. Gerade hier scheint mir eine sinnvolle, ja notwendige Forderung vorzuliegen, die allerdings keineswegs über die angeblich naturwissenschaftliche Gesetzeserkenntnis erfüllt werden kann, sondern nur über ein vertieftes Verständnis von Theoriebildung, System und Messung. Ohne dieses erscheint die Position von Habermas in vielem als nicht über die Diskussion der

zwanziger Jahre hinausgekommen. Erst wenn eine solche Reflexion vollzogen ist, wird klar, wieviel Habermas selbst von dem von ihm so sehr bekämpften „Positivismus“ übernommen hat, so die Kausalitäts- und Gesetzesvorstellung, die Forderung nach Verifizierung bzw. Falsifizierung von Theorien, die Annahme, daß Sollzustände nicht deskriptiv erfaßt werden können, und die enge Auffassung von Definitionen als empirisch belanglosen Hypothesen.

Daß wesentliche deutsche und die gesamte französische Literatur sowie wichtige wissenschaftstheoretische Positionen (z. B. Carnap) übergangen wurden, wird man einer Rezensionssammlung nicht allzu sehr ankreiden, jedoch sollte ein Namensregister (und Sachregister) nicht fehlen. Soweit das Werk aber mit theoretisch-systematischem Anspruch — trotz des reduzierenden Titels — auftritt, bleibt es ein Wechsel auf die Zukunft, der hoffentlich eingelöst wird.

Für die kritische und vielfach überzeugende Aufarbeitung von Theorien und Positionen aus dem Bereich der Methodologie der Sozialwissenschaften besitzt das Buch jedoch einen hohen Wert. Es wird einen wichtigen Platz in der wissenschaftstheoretischen Diskussion der nächsten Jahre einnehmen. Wigand Siebel, Saarbrücken

Heinz Hartmann (Hrsg.): *Moderne Amerikanische Soziologie — Neuere Beiträge zur Soziologischen Theorie*. Stuttgart 1967. Ferdinand Enke. 418 S.

Im Vorwort zu diesem Buch weist Heinz Hartmann zu Recht auf einen eigentümlichen Sachverhalt hin: Es gibt zwar deutschsprachige Publikationen zur Situation der französischen, holländischen, italienischen Soziologie — zur Soziologie amerikanischer Provenienz liegt dagegen bis jetzt kein brauchbares Kompendium repräsentativer theoretischer und empirischer Arbeiten in deutscher Übersetzung vor. Diesem Mangel will Hartmann mit seiner „Modernen Amerikanischen Soziologie“ abhelfen, ein Vorhaben, das er — solches läßt sich nach der Lektüre ohne Zweifel sagen — in eindrucksvoller Weise realisiert hat. Denn Hartmann hat einen Reader zusammengestellt, der in übersichtlicher Folge die Ansätze und Konzeptionen soziologischer Theorie bringt, die seit 1945 die amerikanische Szene bestimmen. Den Einwänden, die üblicherweise gegen solche Unternehmen angeführt werden, bietet Hartmanns Edition keine Angriffsflächen: Weder stellt sie eine zusammengewürfelte Kollektion unsystematisch kombinierter Theoriestücke dar, noch hat sie den Charakter jener Publikationen, die Synopsis zu bieten vorgeben, tatsächlich aber aus überholten, irrelevanten Beiträgen bestehen, deren Übersetzung sicher unter großen Mühen harthörigen Verlagen abgerungen werden mußten, deren wissenschaftlicher Ertrag jedoch in keinem Verhältnis zu dem veranstalteten Aufwand steht. Solche zweifelhaften Qualitäten zeichnen Hartmanns Buch nicht aus: Hier ist vielmehr versucht worden, von einer handlungstheoretischen Orientierung ausgehend, die Selektion der einzelnen Artikel danach vorzunehmen, ob sie in pro-

fliegender Weise die Dimensionen und Probleme einer Soziologie zu umreißen vermögen, die innerhalb des action frame of reference betrieben wird. So erscheinen in Hartmanns Sammlung Arbeiten zu vier Bereichen:

1. zur Kategorie „Soziales Handeln“ — hier werden Beiträge von *Parsons, Homans, Blau, Rose* angeboten (dazu zwei Arbeiten zu Sonderproblemen — verfaßt von *Simon* und *Dubin*), die verschiedene aktionstheoretische Konzeptionen diskutieren und den Zusammenhang zwischen allgemeiner Handlungstheorie, deren sozialpsychologischen Variationen und dem symbolischen Interaktionismus erkennen lassen;
2. zu zwei wesentlichen Aspekten sozialen Handelns — zu Status und Rolle — in diesem Abschnitt finden sich drei grundlegende Theoriestücke: *Lintons* Erörterung des Verhältnisses von Rolle und Status; *Mertons* Studie über den role set und *Goodes* Theorie des role stress;
3. zum Komplex „Soziales System“ — hier hat Hartmann Artikel zusammengestellt, die — geschrieben von *Parsons, Bales, Gouldner, Simon* und *March, Davis* und *Moore* — die entscheidende Problematik soziologischer Systemtheorie, Konflikt versus Integration, offenbaren;
4. zum Phänomen des sozialen Wandels — die soziologische Arbeit an diesem Phänomen wird durch *Lipsets* und *Zetterbergs* Theorie der Mobilität, *Cosers* konflikttheoretische Konzeption des gesellschaftlichen Wandels und *Sorokins* Analyse soziokultureller Evolution illustriert.

Umrahmt wird dieses Angebot, in dem mancher vielleicht Theoretiker wie *Levy jr., Loomis, Buckley* und Methodologen wie *Cicourel, Scheffler, Kaplan* vermißt, durch methodologische Beiträge von *Lazarsfeld* und *Merton* sowie durch ein — was die Zukunft der Soziologie betrifft — optimistisches Schlußwort von *Shils*. Hartmann selbst hat zu seiner Edition eine Einführung geschrieben, die — den neusten Stand soziologischer Theorie amerikanischer Provenienz repräsentierend — eine vorzügliche und fundierte Information auch zu Fragen offeriert, die in der Textauswahl nicht behandelt werden. Insgesamt betrachtet läßt sich so der von Hartmann herausgegebene und eingeleitete Reader zur modernen amerikanischen Soziologie als ein Beispiel dafür qualifizieren, wie solche Textsammlungen anzulegen sind, wenn sie mehr sein sollen als jene zahlreichen Kompilationen angeblich wissenswerten Stoffes, die lediglich durch zwei Buchdeckel zusammengehalten werden, nicht aber — wie das Hartmanns Buch vortrefflich demonstriert — durch ein dem zentralen Thema entnommenes Auswahl- und Ordnungsprinzip. .

Horst Holzer, München

Ferdinand Oeter (Hrsg.): *Familie und Gesellschaft*. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VII/370 S.

Das vorliegende Werk gehört zu den „Quellschriften zur Soziologie und Kulturphilosophie“, die seit 1952 unter dem Titel „*Civitas Gentium*“ von Max *Graf zu Solms* und Karl-Heinz *Pähler* herausgegeben werden. Während bisher in der allgemeinen Literatur immer nur „Teilaspekte der Familie einer systematischen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen wurden“, will dieser Band „die Familie als Funktionseinheit und die Interdependenzen zwischen Familie und Gesellschaft, deren genaue Kenntnis erst ein begründetes Urteil über Stellung und Funktionsfähigkeit der heutigen Familie zulassen würde“, darstellen (Vorwort, S. V). Es handelt sich hier um zehn Einzeluntersuchungen, deren Verfasser vor allem Historiker, Nationalökonom, Medizinal- und Sozialstatistiker, Anthropologen und Soziologen sind, wobei der Herausgeber noch ein Einleitungs- und ein Schlußkapitel hinzufügt.

Befassen wir uns zunächst mit der Familie als solcher. Hier behandelt Ferdinand *Oeter* „Die Familie als soziale Funktionseinheit“ (S. 1 ff.) und „Die soziologischen und politischen Aspekte einer gesellschaftlichen Reintegration der Familie“ (S. 357 ff.). In dem ersten Beitrag wird vor allem die geschichtliche Entwicklung der Familie aus der „patriarchalischen Familienverfassung“ in den modernen Stand geschildert, dabei auch hervorgehoben, daß „die einzelnen Familiengemeinschaften in erstaunlichem Umfang mit den nunmehr (gemeint ist nach dem Zweiten Weltkrieg) überall auftretenden Notständen fertig zu werden wußten“ (S. 11). Den tiefgreifenden Strukturwandel seit der Mitte des 18. Jahrhunderts behandelt Otto *Brunner* in dem Beitrag „Das ‚ganze Haus‘ und die alteuropäische ‚Ökonomik‘“ (S. 23 ff.). Eine wichtige Ergänzung hierzu gibt Erich *Egner* mit seinen „Epochen im Wandel des Familienhaushalts“ (S. 57 ff.), wobei er einleitend mit Recht hervorhebt: „Die hier angeschnittene und für den Nationalökonom wichtigen Frage ist diejenige nach dem Gestaltwandel, den die Familienhaushalte mit dem Wandel der gesamten Wirtschaft im Zeitablauf durchgemacht haben“ (S. 57); dabei kommen sämtliche Typen des Haushalts, nämlich der bäuerliche, der handwerkliche, der Heimarbeiterhaushalt, der großbürgerliche und der Angestelltenhaushalt zu ihrem Recht. Gewissermaßen abschließend schildert dann Dieter *Claessens* „Die Familie in der modernen Gesellschaft“ (S. 235 ff.), auch unter Zuhilfenahme statistischer Daten für die Zeit um 1960. In diesem Zusammenhang sind auch von besonderem Interesse „Die familienfördernden Maßnahmen in Frankreich, Belgien und der Bundesrepublik Deutschland“ von Dietrich *Oeter* (S. 305 ff.); hier wird die „Sozialpolitik in der entstehenden europäischen Gemeinschaft“ sachlich und in ihren zahlenmäßigen Auswirkungen genau dargestellt und dabei u. a. hervorgehoben, daß „sich gegenwärtig die Unterschiede in der Familienpolitik als besonders groß“ erweisen, wenn man die einzelnen Partnerstaaten der

EWG ins Auge faßt (S. 333). Abschließend weist Oeter auf folgendes hin: „Wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der Familie sind nicht Selbstzweck, sie sind eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Familie ihre Aufgaben erfüllen kann, die sie im Interesse und zum Vorteil der ganzen Gesellschaft wahrnehmen muß“ (S. 356).

Besondere Untersuchungen liegen dann noch vor für das Kind, die Frau und den alten Menschen. C. *Bennholdt-Thomsen* erörtert den „Lebensraum des Kindes in der industriellen Massengesellschaft“ (S. 177 ff.), Helga *Schmucker* „Das Kind als Kostenfaktor“ (S. 267 ff.). Bennholdt bezeichnet seinen Beitrag selbst als einen „Versuch einiger Hinweise“, nämlich auf die Gefährdung gerade auch des Kindes in der modernen Zeit, weshalb er am Schluß fordert: „Die Sonne im wirklichen und übertragenen Sinne im Lebensraum des Kindes in der industriellen Massengesellschaft scheinen lassen!“ (S. 193). Helga Schmucker betont, „daß die Familie im Laufe des Industrialisierungsprozesses zunehmend den Charakter einer Produktionsgemeinschaft verliert und sich zu einer vorwiegenden Verbrauchsgemeinschaft entwickelt“ (S. 267), so daß das Kind kein „zusätzlicher Produktionsfaktor für den Familienbetrieb“ ist, sondern nur noch als Kostenfaktor in Erscheinung tritt; daraus ergibt sich u. a. der „trendmäßige Rückgang der durchschnittlichen Familiengröße“ (S. 268). Auch dieser Beitrag wird weitgehend mit statistischen Daten begründet.

Bezüglich der Stellung der Frau im modernen Wirtschaftsleben ist besonders wichtig der Beitrag von Elisabeth *Pfeil* „Die Frau in Beruf, Familie und Haushalt“ (S. 141 ff.); sie weist einleitend auf die beiden „extremen Sozialmodelle“ hin, das eine, daß die Frau oder wenigstens die Mutter ins Haus gehöre, und das andere, daß die Frau auch ungeachtet ihrer Mutterschaft im beruflichen und erwerbstätigen Leben stehen müsse, neben denen es noch die dritte Möglichkeit einer „temporären Beteiligung der Mutter am Berufsleben“ (S. 143) gebe. Auch hier ist von Interesse die statistische Entwicklung: „Die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen hat sich im Laufe der letzten zwölf Jahre in allen Ländern stark erhöht“ (S. 145), was vor allem für Westdeutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten gilt; in diesem Zusammenhang werden die „Arbeitsmotive von Müttern“ näher untersucht (S. 148 ff.) und anschließend die hier maßgebenden „Wandlungsmechanismen“ genauer behandelt (S. 157 ff.), besonders dann die „Wandlungen in Familie und Gesellschaft durch die Verbreitung der Berufstätigkeit“ (S. 164 ff.) mit all den Konsequenzen, die sich hieraus gerade für das Kind und seine Entwicklung ergeben.

Den alten Menschen behandelt Leopold *Rosenmayr* in seinem Beitrag „Hauptprobleme der Alterssoziologie (unter besonderer Berücksichtigung der Familienbeziehungen bejahrter Menschen)“ (S. 195 ff.). Er weist dabei die „Vergreisungstheorie“ durchaus zurück und stellt

in den Vordergrund „besonders die Formen des Zusammenlebens zwischen den Generationen und die damit verbundenen Fragen der Haushaltstrennung“ (S. 199). Auch die besonderen Schwierigkeiten für den alternden Menschen infolge des Ausscheidens aus dem Beruf erörtert er eingehender, daneben auch die Probleme bezüglich der Unterbringung dieser Menschen in Altersheimen oder angemessenen Wohnungen.

Aus dieser Betrachtung der einzelnen Darstellungen des Werkes ergibt sich eindeutig die Feststellung, daß hier besonders für den Soziologen und den Sozialpolitiker wertvolle Unterlagen gegeben sind, die es ermöglichen, den angedeuteten Problemen mit Erfolg näher zu treten, insbesondere auch dem Theoretiker die praktischen Auswirkungen verständlich zu machen.

Peter Quante, Kiel

Vera St. Erlich: Family in Transition. A Study of 300 Yugoslav Villages. Princeton 1966. Princeton Univ. Press. 469 S.

Auf 450 Seiten gibt die jugoslawische Psychologin Vera St. Erlich die Interpretation einer Befragung über das jugoslawische Familienleben. Sie verschickte zwischen 1937 und 1940 Fragebogen an Lehrer, die die Bauern ihrer jeweiligen Dörfer interviewten. Die so gewonnenen Informationen von über 300 Dörfern werden unter Kategorien wie Familienstruktur, affektive und autoritäre Beziehungen, Einstellungen und Bräuche analysiert.

Die ausgewogene Struktur der früher in allen Teilen Jugoslawiens vorherrschenden Zadruga, die patriarchalische Großfamilie mit Subsistenzwirtschaft und Gütergemeinschaft, muß beim Eindringen der Geldwirtschaft sehr schnell der Kleinfamilie mit weniger starren Verhaltensnormen weichen, in der die Geschlechter und Altersklassen gleichberechtigt und relativ unabhängig sind. Vera St. Erlich findet in ihren Daten traditionelle, transitionale und moderne westliche Familienstrukturen in den verschiedenen kulturhistorischen Bereichen Jugoslawiens gehäuft vor — je länger die Türkenherrschaft dauerte, um so mehr traditionelle Lebensform hat sich erhalten.

Die Zadruga war gekennzeichnet durch: Ausschließliche Befehlsgewalt der Älteren über Jüngere und aller Männer über alle Frauen; alle Söhne bleiben in der Regel auf dem gemeinschaftlichen Hof mit genau festgelegten Tätigkeitsbereichen für alle Mitglieder; alle Kinder werden gemeinschaftlich erzogen; es gibt keine individuelle Autonomie, aber ein hohes Maß an emotionaler und sozialer Sicherheit. Die sozialen und moralischen Verhaltensnormen gestatten keine Abweichungen; die weibliche Rolle schreibt äußerste Zurückhaltung und Unterwerfung vor; die männliche Rolle Gehorsam gegenüber Älteren, autoritäre Distanziertheit gegenüber Frauen und die Aufrechterhaltung der Würde und Ehre der Familie. Es gibt keine außerehelichen Geschlechtsbeziehungen.

Die Regelmäßigkeit der traditionellen Verhaltensmuster wird abgelöst durch Instabilität und gehäufte Konflikte: Die Übernahme

westeuropäischer Wirtschaftsformen bringt eine Desintegration der traditionellen Werte mit sich, ohne daß zunächst neue verhaltensregelnde Orientierungen an ihre Stelle treten. Dies wird sichtbar an der sinkenden Moral, der psychischen und sozialen Unsicherheit und dem verschlechterten wirtschaftlichen Status der transitionalen Familien, die zu jener Zeit in Serbien und Kroatien vorherrschend sind. Stabile und harmonische Strukturen der Kleinfamilien hat bereits die adriatische Küste erlangt, deren Akkulturation durch den Schiffsverkehr früher begann und sich ohne soziale und kulturelle Revolution vollziehen konnte.

Wie die Autorin allerdings auf diese Schlußfolgerungen kommt, kann der Leser leider nicht nachvollziehen, da die wissenschaftliche Darstellung ungenügend ist: Der Fragebogen wurde nicht veröffentlicht, das Datenmaterial nur in graphischen Darstellungen gebracht oder in wörtlichen Zitaten, die unregelmäßig zwischen interpretierende Aussagen gestreut sind. Dadurch wird die Übersicht erschwert und die Unterscheidung von Daten und Interpretation kaum möglich. Die Beschreibungen der Verhaltens- und Einstellungsänderungen der jugoslawischen Familien sind das Substrat aus drei Schichten subjektiver Wahrnehmungen: die der interviewten Bauern, die der Interviewer und die der Autorin. Verzerrende Wahrnehmungseinflüsse (besonders die der „guten alten Zeit“) sind bei diesem Verfahren kaum kontrollierbar. Die Autorin „beweist“ zudem ihre Schlußfolgerungen häufig durch Schilderungen ihrer Erlebnisse bei Familienbesuchen. Man hat den Eindruck eines moralisierenden Bedauerns der Autorin über das Verschwinden der strengen, aber guten alten Familienordnung. Leider werden auch keine Daten über die Wirtschaftsentwicklung angegeben und keine Vergleiche zu Akkulturationsprozessen anderer Länder gezogen. Das ist sehr zu bedauern, da gerade sozialpsychologische Daten für das Verständnis der heute in den Entwicklungsländern ablaufenden Akkulturation an westliche Kulturinhalte sehr wertvoll sind.

Sieht man davon ab und unterstellt man der Autorin richtige Schlußweisen, so bietet das eher wie eine Erzählung zu lesende Werk aufschlußreiche Einsichten. Als Anschauungsmaterial für angehende Soziologen und Ethnologen ist es zu empfehlen.

Freya Dittmann, Berlin

Friedrich Lütge: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte — Ein Überblick. Berlin/Heidelberg/New York 1966. Springer Verlag. 644 S.

Eine Gesamtdarstellung der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die in relativ kurzer Zeit in dritter Auflage erscheint, entspricht der Qualität und der Sache nach einem offensichtlichen Bedürfnis und darf auch als Zeichen dafür gewertet werden, daß das Fach „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ in wachsendem Maße Anerkennung und Wertschätzung findet — sei es nun als eigenständiger

Wissenschaftsbereich oder sei es in seiner Beziehungs- und Hilfsfunktion für Forschungsbemühungen anderer Fachrichtungen. Das Lehrbuch, das seit seinem ersten Erscheinen um rund 200 Seiten anwuchs, ist an dieser Stelle schon zweimal gewürdigt worden (74. Jg., S. 471 ff., und 82. Jg., S. 82). Eine eingehende Besprechung erübrigt sich deshalb.

Unter Beibehaltung der Gesamtgliederung ist die dritte Auflage gegenüber der zweiten nicht nur um beinahe 100 Seiten erweitert und das Literaturverzeichnis auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern auch der bestehende Text erfuhr eine Überarbeitung und teilweise eine Neugestaltung. Rund die Hälfte der Texterweiterung betrifft das sechste Kapitel „Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Zeitalter der entfalteten Volks- und Weltwirtschaft (19. und 20. Jh.)“, wobei neue Sachbereiche hinzugefügt wurden (Fortentwicklung des Verkehrs- und Bankwesens von der Reichsgründung 1870/71 bis zum Ersten Weltkrieg). Gerade im Hinblick auf fachfremde Benutzer des Lehrbuches ist diese Anreicherung begrüßenswert. Für eine spätere Neuauflage wäre für dieses letzte Kapitel ein kleiner tabellarischer Anhang wünschenswert, der die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Strukturveränderungen sowie die gesamt- wie einzelwirtschaftlichen Entwicklungstrends der letzten hundert Jahre illustriert (das große Werk *W. G. Hoffmanns* „Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“, im Literaturverzeichnis aufgeführt, konnte für die dritte Auflage nicht mehr ausgewertet werden). Ergebnisse neuester Forschungen wurden jedoch nicht nur im letzten Kapitel, sondern auch in den vorangehenden herangezogen und in der textlichen Neugestaltung berücksichtigt (z. B. die Abschnitte über die Entfaltung des deutschen Städtewesens bis zum 14. Jh.).

Die Konzeption der Gesamtgliederung — mit der ihr zugrunde liegenden zeitlichen Begrenzung — ist eigenwillig und originell: Frühzeit; Karolingerzeit; Entwicklung bis zur Mitte des 14. Jhs.; zweite Hälfte des 14. Jhs. bis zum Dreißigjährigen Krieg; Merkantilismus; 19./20. Jh. Sie basiert auf Periodisierungsthese, die Lütge in Einzelstudien evident zu machen versuchte: Wie Egon *Friedell* ist Lütge der Auffassung, daß das Pest-Jahr 1348 als „das Konzeptionsjahr des Menschen der Neuzeit“ zu bezeichnen sei; „das Mittelalter geht um 1350 zu Ende“. Die nächste wirtschaftsgeschichtliche Zäsur von epochaler Bedeutung sieht Lütge im Dreißigjährigen Krieg (vgl. dazu *Friedrich Lütge*, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte — Gesammelte Abhandlungen. Stuttgart 1963). Das Interessante an Periodisierungsdiskussionen ist vor allem die Frage, welche Kriterien herangezogen und welche Gewichtungen den einzelnen Kriterien zugemessen werden; Lütge geht in seinem Lehrbuch auf diese Problematik ein. Bezogen auf eine deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte erhalten seine Thesen in dieser Gesamtdarstellung verstärkte Stützung und erhöhte Rechtfertigung: Die Stoffgliederung überzeugt in ihrer Klarheit und Übersichtlichkeit.

Es liegt auf der Hand, daß der Verfasser einer solchen weitgespannten Übersicht nicht alle Sachbereiche und alle Perioden einer rund 2000jährigen Geschichte gleichermaßen aus eigener Forschungsarbeit kennen kann. Es ist deshalb verständlich, daß sich Spezialgebiete Lütges, z. B. agrargeschichtliche Probleme, im Lehrbuch durch einen höheren Originalitätsgrad auszeichnen als beispielsweise die Ausführungen über den „Industrialismus“. Lütge widersteht jedoch der Gefahr, seinen besonderen Interessen- und Forschungsbereichen einen überproportionalen Raum zuzubilligen. Das Buch ist sachlich ausgewogen und wird nicht zuletzt auch deshalb weiterhin das Standardwerk der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bleiben. Der Erfahrungsschatz eines Lebens der Forschung und Lehre ist darin verarbeitet; der meisterlichen Leistung gebührt Dank und Bewunderung.

Rudolf Braun, Berlin

Hans-Jürgen Puhle: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover 1966. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. 365 S.

Seit einer Reihe von Jahren machen jüngere Historiker und Politologen mit der „Revision des deutschen Geschichtsbildes“ Ernst. Bevorzugtes Objekt ist dabei neben der nationalsozialistischen Zeit und der unvollendeten Demokratie der Weimarer Republik das Wilhelminische Zeitalter. Durch Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ und die sich daran anschließende Diskussion ist die lange Zeit abgeschlossen geglaubte Debatte um Deutschlands Kriegsschuld von 1914 und seine Kriegsziele wieder aufgeflammt. Dabei geht es nicht nur um die diplomatischen Schachzüge und die dahinter stehende „Philosophie“, besonders Bethmann-Hollwegs, zu deren Neuinterpretation vor allem die zugänglich gewordenen Tagebuchaufzeichnungen seines Sekretärs und Vertrauten Riezler beitragen, sondern mehr noch um die Analyse der sozialökonomischen Struktur des Kaiserreiches und die von ihr beeinflussten Motive und Ziele der deutschen Politik. Unter den verschiedenen möglichen Fragestellungen haben Politologen vor allem die nach dem Verhältnis der wirtschaftlichen Interessenverbände zu den politischen Parteien und der Regierung ausgewählt. Aus der Schule Gerhard A. Ritters stammen zwei Dissertationen über die beiden einflußreichsten Verbände, den Centralverband Deutscher Industrieller (Hartmut Kaelble: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895—1914. Mit einem Vorwort von Gerhard A. Ritter. Berlin 1967) und den Bund der Landwirte. Letztere ist hier zu besprechen.

Die umfangreiche, klein gedruckte und überreich mit Anmerkungen versehene Arbeit gliedert sich in zwei Teile: eine Analyse von Entstehung, Struktur und Ideologie des Bundes der Landwirte und eine Darstellung seiner Rolle im politischen Prozeß des Wilhelminischen

Zeitalters, besonders seines Einflusses auf Formulierung und Durchsetzung konservativer Politik. Der erste Teil dringt tiefer als alle bisherigen Arbeiten über den BdL. Er beruht im wesentlichen auf einer Auswertung von Zeitschriften, Zeitungen und Denkschriften des Bundes der Landwirte sowie auf dem Restnachlaß Roesickes, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Obwohl die Protokolle der Vorstands- und Ausschußsitzungen, eine der wichtigsten Primärquellen, die z. T. verstreut in Archiven der DDR noch vorhanden sein sollen, dem Autor nicht erreichbar waren, kann er sich auf zahlreiche Aussagen der führenden Männer und Gremien des Bundes stützen, so daß ein eindrucksvolles Bild der inneren Struktur und Politik des Bundes entsteht. Mir scheint, daß Puhle, weil seine Fragestellung sich auf die großen politischen Entscheidungen richtet, die Rolle der zentralen Führung überbewertet. Bezöge man auch die Regional- bzw. Lokalpolitik, die Rolle des Bundes als Träger ländlicher Geselligkeit und landwirtschaftlicher Information mit ein, so erschiene er vermutlich weniger als geschlossener Block, als „Pressure Group“, als es bei Puhle der Fall ist. Seine auf S. 180 gegebene Charakteristik des Verbandes — „als eine straff zentralisierte und autoritär geführte Massenorganisation, deren durchorganisierter Apparat in ständigem Einsatz und mittels kontinuierlicher Anweisung der regionalen Organe wie der verpflichteten parlamentarischen Vertreter ein zentral festgelegtes Programm ausführte, dessen wichtigste Bestandteile die interessenpolitische Intervention im Parlament und die hochgradig ideologisierte Agitation in der Öffentlichkeit (zwecks Vorbereitung von Wahlen) waren sowie die Wahlpropaganda für bestimmte und verpflichtete Kandidaten verschiedener politischer Parteien oder für völlig parteilose Agrarier“ — müßte vermutlich modifiziert werden, wenn man die Fragestellung vom Politologischen stärker ins Soziologische wendet.

Das eben angeführte Zitat enthüllt auch eine andere Schwäche der Arbeit: den unnötig komplizierten Stil, der bisweilen zum Jargon wird und die Lektüre erschwert. Im ganzen überwiegen jedoch die Stärken des Buches: die kritische Grundhaltung, die traditionelle „Verschönerungen“ der Interessenpolitik wegwischt und ihren harten Kern zum Vorschein kommen läßt, und der systematische Aufbau, der die organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen für das politische Wirken des Verbandes klar zutage treten läßt. Beides kommt dem zweiten Teil des Buches zugute, der einen wesentlichen Beitrag zur Erhellung des inneren Gefüges des Wilhelminischen Reiches darstellt. Puhle stellt hier die interessante (und m. E. richtige) These auf, daß Verbände wie der BdL trotz ihrer antiparlamentarischen Ideologie und ihrer zunächst außerparlamentarischen Wirksamkeit Wesentliches zu einer „Parlamentarisierung“ der Verfassungswirklichkeit des Deutschen Reiches beigetragen haben, indem sie die Auseinandersetzung von wirtschaftlichen Interessen in die politische Arena des Reichstages verlegen halfen. Wenn man die große Rolle der „öffentlichen Meinung“ bei diesen Auseinandersetzungen berück-

sichtigt und die sich gerade bei den Verbänden verbreitende Despektierlichkeit vor der „Obrigkeit“ — Regierung wie Monarch —, könnte man m. E. sogar noch weiter gehen und von einer „Demokratisierung“ der Verfassungswirklichkeit durch die Interessenverbände sprechen. (Vgl. meinen Aufsatz: Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871—1914. In: C. Böhret, D. Grosser [Hrsg.]: Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zur politischen Wirtschaftslehre. Festschrift für Gert von Eynern. Berlin 1967. S. 431—456.) Diese Thesen sind wert, weiter geprüft zu werden, und ich hoffe, daß Puhle dazu noch weiteres beitragen wird. — Zukünftigen Büchern sollte er übrigens ein Register beifügen, das man bei dem gegenwärtigen sehr vermißt.

Wolfram Fischer, Berlin

Hanns Buchli: 6000 Jahre Werbung. Bd. 1: Altertum und Mittelalter. Bd. 2: Die neuere Zeit. Bd. 3: Das Zeitalter der Revolutionen. Berlin 1962 u. 1966. Walter de Gruyter & Co. 351, 286 u. 523 S.

Hanns Buchli legt hier, faszinierend geschrieben, eine Geschichte der Wirtschaftswerbung und der Propaganda vor, die über die Wirtschaftsgeschichte, die Kirchengeschichte und andere Teilbereiche hinaus einen bedeutsamen Beitrag zur Kulturgeschichte überhaupt darstellt. Wohlvertraut mit der modernen Werbung und ihrer Technik zeigt der Verfasser, wie mit gleichen oder ähnlichen Methoden das Grundanliegen aller Werbung in allen geschichtlichen Epochen vertreten wurde, wie schon in römischer Zeit — und noch früher — Politik und Wirtschaftsleben sich der Propaganda und Werbung bedienen. Liegt es an den vergleichsweise spärlichen Überlieferungen aus dem rein wirtschaftlichen Bereich oder ist es die oft so modern anmutende Gestaltung politischer Propaganda, die das Interesse besonders erweckt: Den größten Teil seiner Untersuchungen widmet Buchli der Propaganda der Kirche und ihrer Institutionen. Die eigentliche Wirtschaftswerbung tritt demgegenüber etwas in den Hintergrund (z. B. bei 351 Seiten des 1. Bandes nur wenige Seiten über das römische Imperium und S. 305—327 über das Mittelalter, von 286 Seiten des 2. Bandes behandeln nur 20 Seiten Fragen der Wirtschaftswerbung). Das Werk ist damit mehr eine Darstellung kirchlicher und politischer Propaganda — letzterer vor allem im 3. Band — als eine Geschichte der Wirtschaftswerbung. Sicher ist zuzugeben, daß bis zur Neuzeit, zumindest bis zur allgemeinen Verbreitung des Buchdrucks, die geschriebenen Überlieferungen aus kirchlichem und politischem Bereich ein zutreffenderes Bild von der Einstellung der Menschen zur Propaganda, ihren Methoden und Wirkungen ergeben als die spärlichen Zeugnisse der ersten Kaufleute, Handwerker und Zünfte. Das Werk Buchlis liefert einen Beweis mehr, wie wenig wir doch im Grunde genommen über den Kaufmann des Mittelalters wissen, wie er seine Handelsbeziehungen anknüpfte,

wie er seine Waren auf den Messen feilbot, wie Handelsmöglichkeiten bekannt wurden usw. Erst das Entstehen einer modernen Wirtschaftswerbung im ausgehenden 18. Jahrhundert — 3. Band, S. 209 ff. — gibt uns Antwort auf diese Fragen. Auf 52 Seiten des 3. Bandes gibt der Verfasser einen guten Überblick der Wirtschaftswerbung des 19. Jahrhunderts, ergänzt durch zahlreiche originelle Textbeispiele sowie Abbildungen von Anzeigen und Plakaten. Nicht nur der, der sich für Werbefragen interessiert, wird diese Seiten mit großem Genuß lesen. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftswerbung will Buchli in einem angekündigten 4. Band behandeln.

Weit umfangreicher ist das Material, das der Verfasser im Hinblick auf die kirchliche Propaganda gesichtet und verarbeitet hat. Angefangen von den ersten Missionsbestrebungen und ihrer geschickten Verwendung heidnischer Überlieferungen über die großen mittelalterlichen Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Papst, die auf beiden Seiten Propagandisten ein weites Tätigkeitsfeld öffneten, bis zur *Congregatio de Propaganda Fide* — dem Ursprung des Ausdrucks „Propaganda“ — und jesuitischem Bekehrungseifer entwirft Buchli ein Bild des weltweiten Ringens um politische, religiöse und weltanschauliche Auffassungen, um Macht und Herrschaft. Unter dem besonderen Blickwinkel der Propaganda, ihrer Mittel, Ziele und Erfolge breitet er ein großes Stück Kirchengeschichte vor dem Leser aus, das, von dieser Seite betrachtet, manche neue Einsicht in geschichtliche Zusammenhänge gewährt.

Steht in den ersten beiden Bänden die kirchliche Propaganda im Mittelpunkt, so erweist sich der Verfasser im 3. Band als ebenso souveräner Kenner der vielfältigen politischen Folgen der Französischen Revolution, der neuen geistigen Strömungen des 19. Jahrhunderts. Das beginnende Zeitalter politischer Propaganda und Massenbeeinflussung zeigt hier schon sehr bald die Ansätze, die im 20. Jahrhundert höchste Vollendung erfahren sollten — auch hierüber wird im geplanten 4. Band des Autors noch einiges zu berichten sein. Die zahlreichen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts geben Anschauungsmaterial genug, wie politisch wirksame Propaganda zu gestalten ist, auch hier wieder hat Buchli viele Beispiele — vor allem der Jahre 1848/49 — zusammengestellt.

Es ist das große Verdienst des Verfassers, den umfangreichen Stoff in diesen drei Bänden so gemeistert zu haben, daß daraus eine fesselnd geschriebene Lektüre wurde. Propaganda, Reklame, Werbung — wie immer man diese Begriffe abgrenzen und ihre Verwendung einschränken mag (Buchli setzt sich einleitend auch damit ausführlich auseinander) — hier erweisen sie sich als „urtümlichste Regungen des Menschengeschlechtes“ und geben in ihrer Geschichte ein Abbild kulturellen Lebens von mehr als zwei Jahrtausenden.

Harald Winkel, Mainz

Antje Kraus: Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Entstehung, Struktur und Lebensverhältnisse. Eine historisch-statistische Untersuchung. Stuttgart 1965. Gustav Fischer. 112 S.

Die Geschichte der untersten Gesellschaftsschichten ist aus verschiedenen Gründen bisher noch wenig erforscht worden, und eine Veröffentlichung, die sich mit dieser Bevölkerungsklasse beschäftigt und die außerdem noch so gründlich wie das vorliegende Buch aus einer Fülle von Quellen sowie zahlreicher Literatur erarbeitet wurde, wird besonders dankbar aufgenommen.

Als Unterschichten werden zunächst allgemein die Gruppen bezeichnet, „die dicht über dem Existenzminimum in äußerster Dürftigkeit eine kümmerliche Form menschlichen Daseins lebten“; bei ihrer näheren Bestimmung werden die „alte Schicht der Armen“, für die 1788 eine Ordnung erlassen worden war, und die „neuen Armen“, die „Vermögenslosen“ bzw. „arbeitenden Classen“ unterschieden. Gerade diese Gruppe wuchs seit etwa 1800 infolge der Zuwanderung in die Stadt, der strengen Vorschriften beim Erwerb des Bürgerrechtes und der Arbeiterlaubnis, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Veränderung der Löhne, der steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem der Mietpreise. Das, was dann im einzelnen zu den verschiedenen einschlägigen Problemen gesagt wird, ist ganz wesentlich unterstützt durch die reichen statistischen Angaben im Text und im ausführlichen Anhang über die Zahl der Einwohner, die Wohnstellen, die Lebenshaltungskosten, die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit, die Kinderarbeit, die Lebensmittel- und Mietpreise, die Bekleidungskosten, die Vermögen bzw. Einkommen verschiedener Bevölkerungsschichten.

Die vorliegende Arbeit untersucht nur eine Stadt, eben Hamburg mit dem Neuen Werk und dem Hamburger Berg, die Hafen- und Handelsstadt, die während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der industriellen Evolution noch nicht teilhatte. Einen Vergleich mit anderen Städten nicht ziehen zu können, bedauert die Verfasserin, aber man darf wünschen, daß dieser in absehbarer Zeit, auch wenn er noch viele lokalhistorische Untersuchungen voraussetzt, vorgelegt werden kann.

Eberhard Schmieder, Berlin

Hans Achinger: Wilhelm Merton in seiner Zeit. Frankfurt 1965. Verlag Waldemar Kramer. 445 S.

Etwa ein halbes Jahrhundert ist seit dem Tode dieses Wirtschaftsführers — eines der Großen der Kaiserzeit — vergangen, bis seine Biographie vorgelegt wurde und nun endlich eine bedenkliche Lücke in der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung durch das lebendig geschriebene und mit zahlreichen Bildern sowie Briefen ausgestattete Buch, in dem Wilhelm Merton selbst vielfach zu Worte kommt, geschlossen worden ist. Achinger stellt nach einem Kapitel „Herkunft und Jugend“ zunächst die wirtschaftliche Leistung Mertons dar, d. h. den Aufbau der Metallgesellschaft und die Ausweitung

des Familienhandelsunternehmens zu einem Konzern, dem die Metallurgische Gesellschaft als metallindustrielle Gesellschaft, die Berg- und Metallbank und schließlich die Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte als Holdinggesellschaft zugehörten.

Ein zweiter Teil des Buches geht auf die soziale Leistung Mertons ein, der für bloßes Theoretisieren wenig oder gar nichts übrig hatte, dafür aber auch in diesem Bereiche als Praktiker, als Sozialpolitiker nachhaltig wirkte und Einrichtungen geschaffen hat, die zwar nicht immer den erhofften Erwartungen entsprachen, die aber doch vielfältig ausstrahlten. 1891 entstand das Institut für Gemeinwohl, dem verschiedene Zweige angeschlossen wurden, u. a. eine Auskunftsstelle für Arbeiterfragen, die Zeitschrift „Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik“, das Institut für Gewerbehygiene, dessen Geschichte über die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene bzw. für Arbeiterschutz bis zur Neugründung 1948 verfolgt wird, die Zentrale für Bergwesen, die „Centrale für private Fürsorge“ und das „Soziale Museum“.

Merton hat auch noch in einem dritten Bereiche Entscheidendes geschaffen, im pädagogischen. Der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Schulung sollten dienen die „Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung“, die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, in deren Beirat u. a. Lujo Brentano, Karl Bücher, Gustav Schmoller und Max Weber eintraten, und schließlich die Universität Frankfurt mit der ersten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Deutschland.

Im letzten Teil seines Buches entwirft Achinger nicht nur — wie er sagt — einen „Umriß der Person“, sondern ein umfassendes Bild Wilhelm Mertons, zu dem auch die „Mertonischen Maximen“ gehören und das vom „Hause Merton“ über den „grüblerischen Hausvater“, den Unternehmer und den Bürger bis zu den Kriegsbriefen und zu seinem Tode im Hause des Berliner Büros der Metallgesellschaft führt.

Wertvoll auch der Anhang des Buches mit der Wiedergabe verschiedener Quellen und der großen Liste der engeren Mitarbeiter Mertons sowie den biographischen Notizen der vielen Persönlichkeiten, mit denen Merton in Kontakt gekommen ist.

Eberhard Schmieder, Berlin

Wilhelm Treue: Konzentration und Expansion als Kennzeichen der politischen und wirtschaftlichen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Dortmund 1966. Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. 24 S.

Obwohl „Konzentration und Expansion“ als Merkmale von Politik und Wirtschaft auch für andere Epochen (Absolutismus des 18. Jh.) und andere Räume (England und USA) dienen könnten, hält sie Treue „am stärksten charakteristisch für die Zeit des mitteleuropäischen Hochkapitalismus“.

Den Bereich der Politik behandelt der Verf. nur am Rande, überwiegend dort, wo sich Querverbindungen zur Wirtschaft ergeben. Die Straffung in Verwaltung und Militärwesen oder auch die vielen mit der Reichsgründung verbundenen Vereinheitlichungen sieht Treue als Herausbildung eines „bürokratischen Absolutismus“ an. Als wesentlichsten Bereich des Expandierens der Politik nennt er das „neomerkantilistische Vordringen des Staates in die Wirtschaft“. Sozialversicherung, bilaterale und autonome Handelspolitik, Reichsgewerbeordnung, HGB, BGB usw. waren Mittel der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Intention gemäß zu gestalten. Doch prinzipiell (Schaffung eines Reichswirtschaftsministeriums und eines Deutschen Volkswirtschaftsrates) setzte sich der Zentralismus nicht durch, nicht zuletzt deshalb, da mehrere Konzentrationstendenzen (etwa Preußen versus Reich) nebeneinander herliefen.

Imposanter waren indessen Konzentration und Expansion im wirtschaftlich-sozialen Bereich. Treue berichtet ausführlich über die Entwicklung von Korporationen der verschiedensten Art (Fabrikantenvereine und Arbeiterassoziationen, Bauernbünde und Handelstage, Städtevertretungen und Kammern) mit ihrem — auch nationalpolitisch motivierten — Streben nach Dachorganisationen. Schließlich weiteten und konsolidierten sich auch die Unternehmungen, oft die nationalen Grenzen sprengend, sei es in vertikaler oder horizontaler Richtung als Konzern oder Kartell.

Dieser Art belegt, gelingt es Treue, Konzentration und Expansion als die „beiden wichtigsten Kennzeichen der deutschen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jh.“ herauszustellen; dennoch bleibt manches offen. Über Tempo und Intensität dieser Bewegungen wird kaum berichtet; gerade dies wäre aufschlußreich vor dem Hintergrund vieljähriger Prosperitäts- und Depressionsperioden oder gar der kürzeren Konjunkturbewegungen des 19. Jh. Zum anderen werden die Gefahren eines solchen „Zuges der Zeit zum Straffen und Großen“ nicht genügend betont. Reglementierung und Formalisierung führten ebenso zu einer gesellschaftlichen Versteinerung, wie Ausweitung und Übergreifen in „Neuland“ Beeinträchtigung angestammter Positionen bedeutete; es erscheint nicht zufällig, daß eine Gesellschaft mit solchen Neigungen in einem Kriege unterging.

Karl W. Hardach, Oxford

Wassily Leontief: Essays in Economics, Theories and Theorizing. New York-London-Toronto 1966. Oxford Univ. Press. 252 S.

Der Name von Wassily Leontief ist untrennbar mit der Erfindung der Input-Output-Analyse verbunden. Die vorliegende Sammlung von Aufsätzen spiegelt den breiteren Interessenkreis dieses hervorragenden Ökonomen wider. Der gemeinsame Hauptnenner ist „Wirtschaftstheorie“. Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil umfaßt sechs Beiträge, die in ihrer Thematik von dem Problem der interdisziplinären Zusammenarbeit bis zu der Bedeutung der marxistischen ökonomischen Analyse für die heutige Wirtschaftstheorie reichen.

Diese Aufsätze tragen eher methodologischen Charakter, ihr Hauptgewicht liegt auf der im Untertitel angesprochenen Problematik des „theorizing“, während die sachlichen Probleme eher den Hintergrund für die Methodendiskussion abgeben. Hier findet sich auch der Aufsatz „Mathematics in Economics“ aus dem Jahr 1953. Auf 20 Seiten stellt Leontief die Entwicklung der formalisierten Wirtschaftstheorie dar, wie sie sich an der Verwendung der verschiedenen mathematischen Kalküle ablesen läßt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Ablösung der Methoden der Analysis, wie sie bei der Formulierung der neoklassischen Gleichgewichtstheorie und später dann bei den Differentialgleichungen der dynamischen Theorie eingesetzt wurden, durch die lineare Algebra. Leontief hat an dieser Ablösung mit der Entwicklung seiner Input-Output-Analyse maßgeblichen Anteil gehabt. „Direct structural analysis“ nennt er diesen Anlaß für die verstärkte Hinwendung zur linearen Algebra. Man muß sich heute wundern, daß Leontief den zweiten wichtigen Ansatzpunkt für diese Neuorientierung 1953 noch nicht erwähnt: Immerhin waren die Ergebnisse der berühmten Chicagoer Konferenz von 1949 über „Linear Programming“ bereits 1951 in dem von T. C. Koopmans editierten Band der Cowles-Commission über „Activity Analysis of Production and Allocation“ veröffentlicht worden.

Der zweite Teil enthält neun Aufsätze, die sich ganz spezifischen Problemen der wirtschaftstheoretischen Analyse zuwenden. Lohnbestimmung, Außenhandels­theorie, Indexzahlen, Gleichgewicht, Wachstum. Drei dieser Aufsätze befassen sich mit dem Keynes-System. Bereits 1936 schrieb Leontief den Aufsatz „The Fundamental Assumption of Mr. Keynes's Monetary Theory of Unemployment“. Dieser Aufsatz gibt heute Zeugnis von der Tatsache, daß Leontief einer der ersten war, der sich mit der Keynes-Theorie auseinandergesetzt hat. Diese Auseinandersetzung findet dabei genauso wie in dem folgenden Aufsatz „Postulates: Keynes's General Theory and the Classicists“ in stetem Bezug auf die Gleichgewichtstheorie statt, ein Bezugspunkt, wie er noch heute für Leontief kennzeichnend ist, nachdem das Gleichgewichtskonzept schon ziemlich durchlöchert wurde.

Die Aufsätze im dritten Teil behandeln Probleme der wirtschaftspolitischen Anwendung: Auswirkungen der Automation, Entwicklungshilfe und Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern, Erteilung von Patentrechten bei Erfindungen im Zusammenhang mit Staatsaufträgen. Die letzten beiden Aufsätze befassen sich mit gesamtwirtschaftlicher Planung. Der 1960 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ erschienene Aufsatz „The Decline and Rise of Soviet Economic Science“, in dem eine Übernahme „westlicher“ Planungstechniken in den sozialistischen Planungsprozeß prognostiziert wird, ist seit seinem Erscheinen Pflichtlektüre für denjenigen, der sich für die Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in sozialistischen Ländern interessiert (die deutsche Übersetzung erschien bereits 1960 im *Hamburger Jahrbuch*).

Die Aufsatzsammlung beweist, daß Leontief auch ohne seine bahnbrechende Erfindung ein großer Ökonom gewesen wäre.

Werner Meißner, Darmstadt

Martin Shubik (Ed.): *Essays in Mathematical Economics*. In Honour of Oskar Morgenstern. Princeton 1967. Princeton University Press. 475 S.

Dieser Band, der zum 65. Geburtstag von Oskar Morgenstern erschienen ist, vereinigt 27 Beiträge von 30 Autoren. Eins muß vorausgeschickt werden: Es geht kein „roter Faden“ durch diese Aufsatzsammlung, die Beiträge sind von unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad. Auch die sieben Kapitelüberschriften markieren nur ungefähr eine sachliche Gruppierung. Am ehesten gilt das noch für den Titel der ersten Abteilung „Game Theory“: Erweiterungen der spieltheoretischen Grundannahmen. *Auman* untersucht kooperative Spiele, bei denen (im Gegensatz zu den Annahmen nach v. Neumann-Morgenstern) Ausgleichszahlungen untersagt sind. *Kuhn* liefert eine strenge Formulierung der „gerechten Aufteilung“ von Spielergebnissen. Sodann soll noch der Beitrag von *Shapley* und *Shubik* genannt werden, in welchem die Autoren einige traditionelle Lösungen für die Marktsituation mit wenigen Teilnehmern (bilaterales Monopol nach *Edgeworth*; Oligopol nach *Cournot*) mit spieltheoretischen Konzepten fassen und dann untersuchen, was passiert, wenn die Zahl der Marktteilnehmer größer wird und schließlich der Übergang zur vollkommenen Konkurrenz eintritt.

In Teil II („Mathematical Programming“) versucht *Noble*, mit Hilfe der Konstruktion von Output-Koeffizienten (für welche eine formale Äquivalenz mit der inversen Matrix der Input-Koeffizienten besteht) aufzuspüren, wo die Aggregationsfehler im Leontief-Schema zu lokalisieren sind. Das wird dann besonders dringlich, wenn Vorhersagen für einen ganz bestimmten Sektor zu treffen sind. Ein Beitrag von *Thompson* ist hochinteressant: Er zeigt, wie kombinatorische Entscheidungsprobleme (annähernd) gelöst werden, wenn die Anzahl der Objekte, unter denen auszuwählen ist, so groß wird, daß ihre Anzahl auch den größten und schnellsten Computer überfordert.

„Decision Theory“ heißt der dritte Teil. *Mayberry* entwickelt einen Ansatz für ein wichtiges Problem der Entscheidungstheorie. Normalerweise gehen die Berechnungen von einer (subjektiven) Wahrscheinlichkeitsverteilung aus. Die Sensibilitätsanalyse liefert ein Alibi für dieses Vorgehen dann, wenn sich mit ihrer Hilfe zeigen läßt, daß die Annahme alternativer Wahrscheinlichkeitsverteilungen das Ergebnis nicht allzu stark beeinflusst. *Mayberrys* Ansatz gilt für den Fall, in welchem die Art der unterstellten Wahrscheinlichkeitsverteilung aber doch sehr wichtig und gleicherweise objektiv unbekannt ist. Überdies finden sich in diesem Teil Untersuchungen zur optimalen Lagerhaltung, zu Gruppenentscheidungsproblemen und zum Verhältnis von Kapitalflexibilität und langfristigen Kosten unter Ungewißheit.

In Teil IV („Economic Theory“) prüft *Baumol* den Ricardo-Effekt (bei steigenden Preisen für den Produktionsausstoß und gleichbleibenden Faktorkosten wird ein Unternehmen die mittlere Kapitalanlagedauer verkürzen) für den einfachsten Fall: point input — point output. *Borch* zeigt in einem interessanten Artikel, was sich einstellt, wenn „Ungewißheit“ in einige klassische Modelle eingeführt wird. Sodann findet man einen alten Bekannten: Die englische Übersetzung des Aufsatzes von *Menger* über das Unsicherheitsmoment in der Wertlehre aus dem Jahre 1934. Dieser Aufsatz war nach Morgensterns eigenen Angaben mitverantwortlich dafür, daß er mit seinem Co-Autor *v. Neumann* ab zweiter Auflage der Spieltheorie eine formale Theorie des Nutzens versucht hat. Auch heute wird man die Ausführungen *Mengers* zum Paradox des „Petersburger Spiels“ mit Spannung lesen. *Peston* geht der Frage nach: Wie bilden sich die Präferenzen des Konsumenten? Eine Frage, die natürlich dann besonders dringlich wird, wenn man die Annahme einer festen Präferenzstruktur der herkömmlichen Konsumtheorie aufgibt zugunsten der Möglichkeit sich wandelnder Präferenzen. *Pfanzagl* befaßt sich mit der Möglichkeit, subjektive Wahrscheinlichkeiten aus dem *v. Neumann-Morgensternschen* Nutzenkonzept abzuleiten.

Mit „Management Science“ ist der fünfte Teil überschrieben. *Stern* berichtet über „Labor-Experimente“, in welchen die Hypothesen für Lösungen bei oligopolistischen Marktsituationen geprüft werden, ein Ansatz, der durch die Arbeiten von *Sauermann* und *Selten* auch in Deutschland nicht mehr unbekannt ist. *Whitin* befaßt sich in seinem Beitrag mit dem Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Management Science. Ein äußerst interessantes Thema; es lohnte sich, den zahlreichen Fußnoten nachzugehen. Unter der Überschrift „International Trade“ findet sich eine Arbeit, in der an Hand der Konkurrenzsituation für amerikanische und japanische Textilien ein empirischer Test der Theorie der komparativen Kosten unternommen wird. Sodann untersucht *Marcus* die Auswirkungen von Preisschwankungen auf die wirtschaftlichen Bedingungen von unterentwickelten Ländern mit schwach diversifiziertem Exportangebot.

Die Aufsätze im letzten Teil („Econometrics“) widmen sich im wesentlichen den Problemen der Spektralanalyse von Zeitreihen. Dieses aus den Ingenieurwissenschaften übernommene Konzept zur Analyse von Zeitreihen wird entweder eingesetzt, wenn es um saisonale Bereinigung von Reihen oder um die Analyse von Reihendaten ohne einen bestimmten Trendverlauf geht. Der Ansatz geht auf die damalige Kritik Morgensterns an den Methoden der Saisonbereinigung und auf eine Arbeit von *Wald* (1936) zurück und hat durch die Einsatzmöglichkeit elektronischer Rechenmaschinen erhöhte Aktualität gewonnen.

Eine Vielfalt von Themengestaltungen kennzeichnet die Aufsätze dieses Sammelbandes. Man tut gut daran, die Bibliographie der Veröffentlichungen Oskar Morgensterns zu überlesen, welche auf den

ersten Seiten zu finden ist. Welch eine Breite der behandelten Probleme! Nimmt es da noch Wunder, wenn seine Schüler, die zu dieser Festgabe beigetragen haben, gleichfalls von so verschiedenen Tätigkeiten berichten?

Werner Meißner, Darmstadt

Walter Heinrich: Wirtschaftspolitik. 2., neubearb. Aufl. — 1. Band. Berlin 1964. XXIII/475 S. — 2. Band, 1. Hälfte. Berlin 1966. XX/311 S. — 2. Band, 2. Hälfte. Berlin 1967. Duncker & Humblot. XX/311 S.

Ders.: Betriebswirtschaftspolitik. 2., neubearb. Aufl. Berlin 1967. Duncker & Humblot. XIII/153 S.

Walter Heinrich hat die zweite, neubearbeitete Auflage seines zweibändigen Lehrbuches der Wirtschaftspolitik vorgelegt. Es handelt sich dabei um den grundlegenden ersten Band und um den zweiten Band, dessen erste Hälfte die gesamte Außenwirtschaftspolitik und dessen zweite Hälfte die gesamte Binnenwirtschaftspolitik darstellt. Aus der zweiten Hälfte des zweiten Bandes ist die Betriebswirtschaftspolitik nochmals auszugsweise als selbständige Veröffentlichung erschienen. Es ist wohl im Sinne des Verfassers, diese Veröffentlichungen gemeinsam zu rezensieren, da es Heinrichs besonderes Anliegen ist, die Wirtschaftspolitik durch alle erschienenen Bände hindurch als eine Einheit zu sehen.

Heinrichs zweite, neubearbeitete Auflage der Wirtschaftspolitik umfaßt die Wirtschaftspolitik unter zusätzlicher Berücksichtigung von Entwicklungen und Fakten, die seit der ersten Auflage (1948, 1952, 1954) erkennbar geworden sind. Sie ist zur derzeit umfangreichsten deutschsprachigen Wirtschaftspolitik geworden. Die Gliederung des Werkes folgt, wie bei der ersten Auflage, einem abgewandelten institutionellen Prinzip: Sie orientiert sich an den Lebenskreisen in der Gesellschaft. Von anderen Verfassern wird demgegenüber heute einem funktionellen Gliederungsprinzip bei der Darstellung der Wirtschaftspolitik häufig der Vorzug gegeben, weil es im allgemeinen für leistungsfähiger gehalten wird. Aber beide Gliederungsprinzipien haben partielle Vorteile, und Heinrich greift solche Vorteile bei der Gliederung seiner Wirtschaftspolitik heraus. So enthält der erste Band die Grundlegung der Wirtschaftspolitik, deren „Schlüsselbegriffe“ (Heinrich), die Wirtschaftsgrundlagen- und die Verbrauchspolitik, die Wirtschaftspolitik in den Leistungsbereichen und die Preispolitik. Die erste Hälfte des zweiten Bandes beschäftigt sich dem Stufengliederungsprinzip folgend mit der Weltwirtschaftspolitik, der Großraumwirtschaftspolitik und der (äußeren) Volkswirtschaftspolitik. Die zweite Hälfte des zweiten Teiles umfaßt dann die Gebietswirtschaftspolitik, die Verbandswirtschaftspolitik, die Betriebswirtschaftspolitik und die Haushalts- und Familienwirtschaftspolitik. Durch diese Gliederung entsteht ein Gesamtanblick der Wirtschaftspolitik, der von der Weltwirtschaft über die Großraumwirtschaft, Volkswirtschaft, Gebietswirtschaft, Verbandswirtschaft und Betriebswirtschaft bis zur

Haushalts- und Familienwirtschaft alle Stufen der Wirtschaft von der größten bis zur kleinsten berücksichtigt.

Bei dem Überblick über den Inhalt des Heinrichschen Werkes wird dem Leser schon erkennbar, daß die Besonderheit in der Gedankenführung liegt, welche für viele, die von einer „individualistischen“ Volkswirtschaftslehre herkommen, fremd ist: Eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik wird als Teil einer ganzheitlichen Wirtschaftslehre gesehen. Für diese ist das Ganze etwas anderes als die Aggregation seiner Teile; die Gesellschaft ist etwas anderes als die Aggregation ihrer Lebenskreise.

Dementsprechend versteht Heinrich seine Wirtschaftspolitik auch als systematische Zusammenschau. Die Systematik wird dabei durch das ganze Lehrbuch hindurch konsequent durchgeführt. Zwangsläufig steht die Konsequenz häufig einer gefälligen Darstellung im Wege.

Das Lesen des Buches wird auch durch eine Terminologie erschwert, die von Heinrich und der Schule der ganzheitlichen Wirtschaftswissenschaft entwickelt und benutzt wird und die der „Externe“ sich aneignen muß, bevor er mit dem Werk Heinrichs arbeiten kann.

Gedankenführung, Systematik und Terminologie in Heinrichs Wirtschaftspolitik werden also den meisten zunächst Mühe bereiten, die mit einer „individualistischen“ Volkswirtschaftslehre aufgewachsen sind und dieses Lehrbuch der Wirtschaftspolitik aus der ganzheitlichen Wirtschaftslehre studieren wollen. Sie werden sich erst einlesen müssen, um sich dann damit auseinanderzusetzen. Was aber auch ein „Nichtschüler“ der zweiten Auflage des Heinrichschen Werkes auf jeden Fall an Anerkennung zollen wird, ist dies: eine arteigene systemkonsequente Darstellung der Wirtschaftspolitik.

Fritz Abb, Frankfurt

Friedrich Karl Flick: Der Qualitätswettbewerb im marktwirtschaftlichen System. Wiesbaden 1966. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler. 142 S.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf Teile. In den beiden ersten bemüht sich der Verfasser um eine Definition des Qualitätsbegriffs. Er leitet dann zu einer Betrachtung der Elemente der Qualität, ihrer Rang- und Richtungsänderung über. Um Einblick in die Prinzipien der Wahlhandlungen der Anbieter und Nachfrager zu gewinnen, untersucht der Autor in Teil drei das „System der Qualitätsänderungen, während der vierte Teil Qualitätsänderungen und Absatzmengen einer genauen Betrachtung unterzieht“ (Klappentext). Abschließend werden Überlegungen zum Wesen des Qualitätswettbewerbs, seiner Ordnung sowie seiner Einordnung in das „Gesamtsystem des Wettbewerbs“ angestellt.

Angesichts des relativ geringen Interesses, das die zeitgenössische Nationalökonomie in Deutschland wettbewerbstheoretischen Problemen zuwendet, ist es schon ein Verdienst, ein Thema wie das obige zu behandeln. Leider kommt die Arbeit jedoch über den definitori-

schen und technischen Bereich kaum hinaus. Wer sie zur Hand nimmt, um sich über die Probleme des „Qualitätswettbewerbs im marktwirtschaftlichen System“ zu informieren, wird enttäuscht werden. Ökonomische Analyse und wettbewerbspolitische Diskussion bleiben in Ansätzen stecken — vielleicht weil der Autor die entscheidenden Arbeiten von E. H. Chamberlin, J. M. Clark, R. F. Lanzillotti, F. Machlup, H. Brehms und vielen anderen nicht berücksichtigt hat.

Erich Kaufer, Berlin

Kurt Lubasch: Die volkswirtschaftlichen Wirkungen von Geldwertsicherungsklauseln. Berlin 1964. Walter de Gruyter & Co. 97 S.

Immer wieder wird gefordert, man solle Geldwertsicherungsklauseln in wirtschaftlichen Verträgen zulassen. Bisher wurde das grundsätzlich abgelehnt, weil man die nachteiligen Wirkungen auf den Wirtschaftsablauf, insbesondere die mögliche Beschleunigung des Preisauftriebs, befürchtet hat. Lubasch hat die Frage, ob man solche Wertsicherungsklauseln zulassen sollte, theoretisch untersucht und empfiehlt ihre Einführung. Er betont, daß Geldwertsicherungsklauseln nicht notwendigerweise eine Inflation induzieren oder beschleunigen, sondern daß sie unter bestimmten Voraussetzungen sogar eine Inflation hemmen können. Geldwertsicherungsklauseln mit einem idealen Wertmaßstab — den der Verfasser in einem noch zu schaffenden Preisindex der Produktionselemente oder in der Stunde ungelernter Arbeit sieht — führen bei Tauschwertänderungen des Geldes nicht zu Einkommens- und Vermögensübertragungen zwischen Schuldner und Gläubigern, sondern verhindern sie. Geldwertsicherungsklauseln eliminieren nach Lubasch auch nur das Risiko von Tauschwertänderungen des Geldes, nicht aber das Risiko der Zahlungsunwilligkeit. Auch können Wertsicherungsklauseln Zielkonflikte zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität mildern. Auf längere Sicht sieht Lubasch den größten Vorteil der Geldwertsicherungsklauseln in einer Förderung der Kapitalbildung. Nachteile solcher Klauseln sind für ihn weniger grundsätzlicher als technischer Natur.

Lubasch beginnt seine Untersuchung mit Ausführungen über das Wesen der Geldwertsicherungsklauseln (Kapitel I). Er legt dar, daß es Zweck der Geldwertsicherungsklauseln ist, ein Vermögen in die Preisrelationen der Güter einzubeziehen, grenzt die Geldwertsicherungsklauseln von Preisgleitklauseln ab und erläutert die Vorschriften über Geldwertsicherungsklauseln in der Bundesrepublik. Sehr anschaulich ist seine Gegenüberstellung der Argumente gegen und für die Zulassung von Geldwertsicherungsklauseln (Kapitel II). Vier Probleme werden von dem Verfasser untersucht: die Wirkungen der Wertsicherung von Krediten auf Schuldner und Gläubiger (Kapitel III), das Problem des Wertmaßstabes (Kapitel IV) und die Wirkungen der Geldwertsicherungsklauseln auf unerwartete und erwartete Tauschwertänderungen des Geldes (Kapitel V und VI). Lubasch macht deutlich, daß keine unterschiedliche Belastung bei wertge-

sicherten und nichtwertgesicherten Krediten für den Schuldner auftritt, sofern die Preissteigerungen von den Beteiligten richtig antizipiert werden, da in einem solchen Falle der höheren Rückzahlung bei wertgesicherten Krediten ein entsprechend höherer Zinssatz nichtwertgesicherter Kredite entsprechen muß. Nachdem der Verfasser die Vor- und Nachteile der heute gebräuchlichen Wertmaßstäbe darstellt, sucht er nach dem idealen Maßstab. Er findet ihn in einer Kombination der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden. Da der praktischen Anwendung aber Schwierigkeiten gegenüberstehen, schlägt er als Notlösung vor, die geleisteten Arbeitsstunden für einen idealen Wertmaßstab zu verwenden, und um eine möglichst konstante Qualität der Arbeit zugrunde zu legen, sollte die ungelernte Arbeit verwendet werden.

„Nun wird von den Gegnern der Geldwertsicherungsklauseln angeführt, daß diese Klauseln das ‚Vertrauen in die Währung‘, also die Geldillusion, zerstören. Ist dies geschehen, käme es zu einer Beschleunigung der Inflation“ (S. 63). Dieses wichtige Problem wird ausführlich vom Verfasser diskutiert. Schon an früherer Stelle (S. 37) weist er darauf hin, daß das Verlangen nach einer Geldwertsicherungsklausel voraussetze, daß die Geldillusion verlorengegangen ist. Daß die Wertsicherungsklauseln zu einer Beschleunigung der Inflation beitragen, verneint er, da die Notenbank jede Inflation stoppen kann. „Der Verlust der Geldillusion durch die Einführung der Geldwertsicherungsklauseln kann daher niemals mit *Notwendigkeit* eine Inflation induzieren oder beschleunigen“ (S. 81). Auch die Gefahren, daß Preissteigerungen zu Fehlinvestitionen führen können, sieht Lubasch. Durch wiederholte Erklärungen der Regierung, die Geldwertstabilität zu gewährleisten, könnte verhindert werden, „daß aus dem Verlust der Geldillusion die notwendigen Konsequenzen für die Investitionsplanungen gezogen werden“ (S. 77).

Claus Köhler, Hannover

Kurt Klein: Die Kreditplafondierung, eine geld- und kreditpolitische Notwendigkeit. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 246 S.

„Erfahrungen mit quantitativen und qualitativen Beschränkungen der Kreditgewährung der Geschäftsbanken als Mittel der Notenbankpolitik in Großbritannien, Österreich, der Schweiz und der BRD“ — so lautet der Untertitel der vorliegenden Arbeit. Unter diesem Titel ist sie in Erlangen als Dissertation entstanden; er sagt mehr über den Inhalt als der in Anpassung an die Aktualität von 1965/66 gewählte Titel: „Die Kreditplafondierung, eine geld- und kreditpolitische Notwendigkeit.“ — Das deutsche Notenbankinstrumentarium, beurteilt nach den Erfahrungen der späten fünfziger und beginnenden sechziger Jahre, bedürfe der Verbesserung.

Die Erfahrungen von 1966/67 sowie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz konnte der Verfasser allerdings nicht berücksichtigen. Das ist schade. Mag das Notenbankinstrumentarium auch jetzt noch ver-

besserungsbedürftig sein — nach Auffassung des Rezensenten sollten nun erst einmal Erfahrungen mit dem eben erwähnten Gesetz gesammelt werden; es kann nicht davon ausgegangen werden, daß eine Kreditplafondierung die einzige oder gar beste Ergänzung darstellte. Längst bevor der Verfasser auf nur drei Seiten das Für und Wider gerade antippt — gestützt auf in diesem Punkt nicht sonderlich präzierte ausländische Erfahrungen und einschlägige Thesen *Stuckens* —, wird das von ihm behauptet.

Interessanter als die knappe Auseinandersetzung mit der vorgeschlagenen Therapie sind die dieser Schlußfolgerung vorangehenden Ausführungen: Klein untersucht jeweils gesetzliche Grundlage, Anwendung in konkreten Situationen und dabei festzustellende Wirksamkeit der Notenbankmaßnahmen in den genannten Ländern.

Im Falle der BRD sorgen die verschiedenen Liquiditätsquellen, der Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten und eine weitgehende Zinsunempfindlichkeit der Kreditnehmer dafür, daß die Diskontpolitik vor einer dreifach gesicherten Schranke steht: Weder seien die Kreditinstitute auf den Rediskont angewiesen, noch würden sie die Zinserhöhungen weitergeben, noch würden diese die private Kreditnachfrage bei hinreichenden Gewinnerwartungen einschränken.

Eine ähnlich geringe Wirksamkeit der Offenmarktpolitik wird damit begründet, daß sich die Disposition der Kreditinstitute in erster Linie nach der Kreditnachfrage ihrer Kunden und weniger nach der Höhe von Abgabe- oder Rücknahmesätzen der Notenbank richte. Kredite machen das eigentliche Bankgeschäft aus, Wertpapierkäufe sind lediglich eine Art von „Geldanlage“ für im Kreditgeschäft nicht verwertbare Beträge (S. 49). Klein schlägt die Einbeziehung langfristiger Titel und die Ausdehnung der Geschäfte auf Nichtbanken vor.

Auch Swapoperationen, laut Verfasser nichts anderes als Offenmarktgeschäfte in US-Schatzwechseln, wirken nur, wenn die Banken freiwillig ihr Verhalten notenbankpolitischen Absichten gemäß einrichten. Dies gilt, infolge zahlreicher Ausweichmöglichkeiten, gleichermaßen für die Mindestreservpolitik. Sie könnte erst nach einer Änderung der Bemessungsgrundlage zwingende Wirkung entfalten: Nicht die Verbindlichkeiten, sondern das Kreditvolumen sollten für die Reservepflicht maßgebend sein.

„Die quantitativen Kreditbegrenzungen durch Festsetzung eines Kreditplafonds“ in Österreich dürften als eine Art freiwillige Reservehaltung zu bezeichnen sein. Die Kreditinstitute verpflichten sich beispielsweise, die Kreditzunahme auf 50 % ihres Einlagewachstums zu begrenzen. Klein sieht darin mit Recht Mängel und schlägt statt dieser passivseitigen eine aktivseitige Kreditbeschränkung vor.

Die empfohlene aktivseitige Kreditbegrenzung existiere in der Schweiz. Allerdings müßte die freiwillige Form der gentlemen's agreements nach Ansicht des Verfassers nötigenfalls durch eine Weisungsbefugnis der Zentralbank kraft Gesetzes ersetzt werden können.

Diese Befugnis hat seit 1946 die Bank of England in Form der formal recommendations and directions, auf die sie freilich bisher

nicht zurückzugreifen brauchte, da die Banken ihren informalen Bitten und Informationen (the banks are asked or informed) bereitwillig folgten. Der Verfasser scheint allerdings selbst nicht ganz überzeugt, einen lückenlosen Beweis dafür geliefert zu haben (S. 116). Doch hält er die These *Stuckens* für bewiesen, daß die Kreditinstitute sich freiwillig den durch moral suasion erklärten Notenbankabsichten entsprechend verhalten würden, sobald sie andernfalls den Einsatz zwingender Kreditbeschränkungen zu befürchten hätten. Allein durch die Möglichkeit der direkten Weisungsbefugnis erübrige sich deren Anwendung, die Verfügung eines Kreditplafonds (S. 21). Sollte das auch der Grund dafür sein, daß die Erörterung der allgemeinen „Problematik der aktivseitigen Kreditplafondierung und ihre Vor- und Nachteile“ (S. 211—213) so kurz abgetan wird?

Immerhin seien einige Punkte hervorgehoben:

1. Durch den Plafond wird „die aktive Geldschöpfung . . . limitiert und die passive Geldschöpfung für die Gewährung von Krediten im Inland bedeutungslos. Daraus folgt, daß die importierte Inflation verhindert wird“ (sic).

2. Prognoseprobleme in der Geldpolitik werden geringer, „da die Notenbank durch die Festsetzung des Kreditvolumens . . . das für die Finanzierung des optimalen Wirtschaftswachstums erforderlich ist, Daten setzt“. — Letzteres dürfte nur unter großen Einschränkungen sinnvoll und erreichbar sein.

3. Der Nachteil einer möglichen Wettbewerbsverzerrung wird vermieden, wenn man den Kreditinstituten unter zwei Basisjahren die Wahl läßt. Als ob sich damit den sehr unterschiedlichen Auswirkungen einer Plafondierung auf Institute mit verschiedener Geschäftsstruktur, Bonität, Rentabilität und Liquidität entsprechen ließe.

4. Auch Wertpapieremissionen sollen in die Plafondierung einbezogen werden. — Auch solche des Staates und ausländischer Emitenten?

Auf die Problematik, die sich bei Konvertierbarkeit der Währungen und intensiver internationaler Verflechtung der Geld- und Kapitalmärkte ergibt, wird nicht eingegangen.

Der Umstand, daß wichtigen Thesen des Verfassers nicht zugestimmt werden kann und die Schrift auch ihrem Titel nicht gerecht wird, schließt nicht aus, daß es sich um eine anregende, in vielem gut informierende Arbeit handelt.

Rudolf Meimberg, Mainz

Manfred Hein: Die internationalen Geldmarktgeschäfte westdeutscher Banken. Berlin 1966. Duncker & Humblot, 251 S.

Das Vorwort enthält eine Reihe voreiliger und unzutreffender Werturteile über die einschlägige Fachliteratur. Es trifft nicht zu, daß in Westdeutschland Devisenvorschriften erst Ende der fünfziger Jahre beseitigt wurden, wenn es auch stimmt, daß sie zwischen Kriegsende und Ende der fünfziger Jahre gelockert wurden. Die internationalen Geldmarktgeschäfte sind nicht erst dann wieder in

Gang gekommen. Die umfassende Gesamtdarstellung, die der Verfasser mit seiner Arbeit verspricht, im Gegensatz zu „häufig recht oberflächlichen Darstellungen“ oder der Darstellung von nur wenigen Teilaspekten, ist auch hier nicht erreicht worden, und von einer Richtigstellung bisheriger Veröffentlichungen in sachlicher Hinsicht ist wenig zu merken.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert; der erste Teil behandelt die Grundlagen, der zweite Teil privatwirtschaftliche Aspekte, der dritte Teil zentralbankpolitische Aspekte. Die mehr als 700 Fußnoten überwuchern mitunter den Text. Sie enthalten manchen wichtigen Hinweis neben viel Entbehrlichem. Der Tabellenanhang (S. 207—219) umfaßt neun Tabellen, die überwiegend den Monatsberichten der Bundesbank entnommen sind und u. a. Nostroverpflichtungen, Mindestreserven, Auslandsguthaben und -forderungen der Geschäftsbanken, gegliedert nach Bankengruppen, umfassen.

Der innere Zusammenhang zwischen den privatwirtschaftlichen und den zentralbankpolitischen Aspekten ist nicht überzeugend herausgearbeitet worden. Gerade im Hinblick auf die inneren Zusammenhänge zwischen der privatwirtschaftlichen Zielsetzung der Geschäftsbanken einerseits, der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung der Zentralbank andererseits wäre eine echte Auseinandersetzung mit der bisherigen Literatur wie den grundlegenden Werken von H. Rittershausen, H. Lipfert, E. Küng und auch mit den einschlägigen Untersuchungen der früheren Autoren F. Schmidt, W. Mahlberg, H. H. Hohlfeld erwünscht gewesen. Bei Behandlung der Interessenlage der Bundesbank im dritten Teil ist eine gute Gelegenheit zur Kritik des Bundesbankgesetzes und auch der Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und Bundesregierung einerseits, Bundesbank und Geschäftsbanken samt ihren Verbänden andererseits versäumt worden. Die Arbeit befaßt sich zwar mit internationalen Geldmarktgeschäften, kommt aber nicht grundsätzlich zu der Erörterung der spezifischen Träger internationaler Geldmarktgeschäfte wie BIZ, IWF, Weltbank u. a., sei es in Verbindung mit dem regulären Güteraustausch des Welthandels, sei es in Verbindung mit den einseitigen Kapitalübertragungen wie denen der Entwicklungshilfe. So bleiben wichtige Aspekte unerwähnt, und die bankgeschäftlichen Details entbehren der Beziehung zur Problematik der internationalen Zahlungstechnik und Zahlungsmoral, der kreditwirtschaftlichen Kooperation und Solidarität, der finanziellen Spannungen und der Mittel zu ihrer Behebung.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Gardner Patterson: Discrimination in International Trade. The Policy Issues 1945—1965. Princeton, N. J. 1966. Princeton University Press. XV/414 S.

Mehr als zwanzig Jahre wechselvoller Nachkriegsgeschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen legen eine außenwirtschaftspolitische Bestandsaufnahme nahe. Aber erst ein Teil dieser handels-

und zahlungsbilanzpolitischen Ereignisse und Erfahrungen sind bislang wissenschaftlich aufbereitet und analysiert worden. Gardner Patterson hat es nun in seinem Buch unternommen, das Auf und Ab an Diskriminierungen im internationalen Handel in den Jahren 1945 bis 1965 kritisch zu durchleuchten. Er beschränkt seine Untersuchung auf regionale Diskriminierungen für Importe, die im Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den Ländern der freien Welt ergriffen wurden und dazu dienen sollten, andere wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen, wobei er bewußt dieses Ziel-Mittel-Verhältnis und die damit einhergehenden Zielkollisionen in den Vordergrund rückt und auf jede quantitativ-statistische Analyse verzichtet. Als Ergebnis dieser Forschungen von Patterson läßt sich — um es auf eine kurze Formel zu bringen — folgendes festhalten: In den internationalen Verträgen, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurden, um den außenwirtschaftlichen Beziehungen eine neue festgefügte Ordnung zu geben, wurde der Abbau aller regionalen Diskriminierungen angestrebt und auch auf weite Strecken hin verwirklicht. Seit Mitte der fünfziger Jahre ist jedoch — so Patterson weiter — eine gegenläufige Tendenz zu beobachten, wie zum Beispiel die europäischen, lateinamerikanischen und afrikanischen handelspolitischen Blockbildungen, die im GATT durch eine Ausnahmeregelung begünstigt werden. Der Verfasser steht diesem Abgehen von der unbedingten Meistbegünstigungsklausel aus wohlwogeneren Gründen skeptisch gegenüber, weil hiermit auf lange Sicht das Erreichen eines allgemeinen weltweiten Freihandels eher erschwert, denn gefördert wird, was sich bei den Verhandlungen zur Kennedy-Runde bereits allzu deutlich gezeigt hat. Nicht zuletzt in den europäischen, diskriminierenden Blockbildungen sieht der Autor ein auslösendes Moment, das die Entwicklungsländer dazu gebracht hat, hartnäckig und lautstark eine auf ihre „Erfordernisse“ zugeschnittene Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verlangen, die nur noch wenig mit Freihandel gemein hat.

Diese Entwicklung wird von Patterson in sechs Kapiteln mit viel Sorgfalt nachgezeichnet, wobei die einzelnen Abschnitte jedoch nicht nach einem einheitlichen Kriterium eingeteilt werden, weil er einmal auf die mit den Diskriminierungen angestrebten Ziele und zum anderen auf ihre zeitliche Dauer abstellt. Nachdem er eingangs die Argumente für und wider Diskriminierungen kurz skizziert hat, untersucht er, welche Rolle sie als Instrumente der Zahlungsbilanzpolitik gespielt haben und wie EZU und OEEC als Zwischenstationen zu größerem Freihandel einzuordnen sind. Hiernach wendet er sich Diskriminierungen zu, die von ständigen regionalen internationalen Wirtschaftsorganisationen ausgelöst werden, wobei seine besondere Aufmerksamkeit der Montanunion, der EWG und der EFTA gilt. Im einzelnen setzt er sich mit Fragen des Außenzolls und der Zahlungsbilanzpolitik sowie mit den Problemen einer gemeinsamen Agrarpolitik und der Assoziierung überseeischer Gebiete auseinander. Schließlich analysiert Patterson, wie Diskriminierungen benutzt wur-

den, um Schutzwirkungen zu erzielen. Als Beispiele stellt er die sogenannten Selbstbeschränkungsabkommen und die Politik einer Reihe von GATT-Mitgliedern gegenüber Japan dar, die zunächst dessen Beitritt lange hinauszögerten und ihm später aufgrund Artikel XXXV die Anwendung der GATT-Bestimmungen vorenthielten. Zum Schluß befaßt sich der Autor mit den Bestrebungen der unterentwickelten Länder, mit Hilfe außenwirtschaftlicher Diskriminierungen die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. — Das Buch von Patterson ist eine äußerst interessante und anregende Studie, die wertvolle neue Informationen über die Außenwirtschaftspolitik der Nachkriegszeit bringt, zumal dem Verfasser bei seinen Vorarbeiten bisher nicht veröffentlichtes Archivmaterial der GATT-Verwaltung zugänglich gemacht wurde. Zweifellos hilft diese kenntnisreiche Untersuchung auf dem dornenvollen Weg weiter, die riesige Lücke zu schließen, die zwischen den hochgezüchteten Modellen der Außenwirtschaftstheorie und den kümmerlichen Kenntnissen des tatsächlichen Geschehens in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen klafft.

Helmut Gröner, Bonn

Rolf Peffekoven: Zölle und Lohnquote. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 238 S.

Von den verschiedenen Beziehungen zwischen Außenhandel und Einkommensverteilung greift der Verfasser die traditionelle Fragestellung auf, der schon seit den Tagen der Merkantilisten viel Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Theoretisch und wirtschaftspolitisch „aktueller“ scheinen demgegenüber andere, vom Verfasser einleitend (S. 20) genannte Beziehungen zu sein, so vor allem der Einfluß des Außenhandels auf die nationale „Branchenverteilung“ und auf die internationale Einkommensverteilung (statisch wie dynamisch).

Für die Entscheidung des Verfassers zugunsten der funktionalen Einkommensverteilung lassen sich zwei Begründungen finden. 1. Die unbefriedigende *theoretische* Basis der bisherigen Behandlung des Themas zusammen mit der fast völligen Negierung des Außenhandels in den neueren Verteilungstheorien (S. 23/24). 2. *Wirtschaftspolitisch* soll anhand der Zollpolitik (stellvertretend für andere gleichgerichtete außenwirtschaftliche Maßnahmen) gezeigt werden, daß die funktionale Einkommensverteilung gegenüber der heute dominierenden nachträglichen Umverteilung stärker beachtet werden sollte. Mit kurzen Hinweisen auf die Problematik der Redistributionspolitik wird zum Schluß der Arbeit ein Plädoyer für eine unmittelbare Einkommensverteilungspolitik zugunsten der Lohnempfänger verbunden (S. 215 ff.). Abgesehen davon, daß die Forderung, „auch auf dem Gebiet der Einkommensverteilung mehr den regulierenden Kräften des Marktes zu vertrauen und weniger nach dem staatlichen Interventionismus zu rufen“, ohne nähere Begründung ein bloßes Werturteil bleibt, weist der wirtschaftspolitische Aspekt der Arbeit noch eine andere Problematik auf.

Der Verfasser geht an keiner Stelle seiner Untersuchung auf die Frage ein, welches Gewicht der Zollpolitik als einkommenspolitischem Instrument zugunsten der Lohnempfänger überhaupt zukommt. Als Mittel zur Erhöhung der Lohnquote ist die Zollpolitik doch recht begrenzt. Je weiter die Zolllenkung bzw. Liberalisierung des Außenhandels fortschreitet oder schon vorangekommen ist, um so weniger leistet das Instrument. Darüber hinaus hätte das Instrument selbst in einigen Hochschutzzollländern wie z. B. den USA oder den Entwicklungsländern auch nur geringe einkommenspolitische Bedeutung. Die geringe Relevanz der Zollpolitik für die Einkommenspolitik, die der Verfasser etwas erstaunt feststellt und bedauert, hängt m. E. mehr mit dem marginalen Charakter der Zollpolitik für die Einkommenspolitik als mit ordnungspolitischen Präferenzen zusammen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch gar nicht so „erstaunlich, daß bei der bisherigen Diskussion des Einflusses der Zollpolitik auf die Lohnquote die Verausgabung der Zolleinnahmen nirgends untersucht worden ist“ (S. 169). So legitim es einerseits theoretisch ist, allen Interdependenzen der Zollpolitik (Zollwirkungen) nachzugehen, was der Verfasser ausführlich tut, so besteht andererseits die Gefahr, daraus wirtschaftspolitisch zuviel an Relevanz abzuleiten.

Die theoretische Aufgabenstellung ist gegenüber der wirtschaftspolitischen besser bewältigt worden. Hier erhält der Leser in den beiden ersten Kapiteln der Arbeit einen guten lehrgeschichtlichen Abriß typischer Beiträge der Klassiker und Neoklassiker zum Thema Zölle und Lohnquote, wobei die theoretischen Schwächen dieser Ansätze herausgearbeitet werden.

Ein besonderes Kapitel ist dem Stolper-Samuelson-Theorem gewidmet. Bei aller lehrgeschichtlichen und didaktischen Bedeutung des Theorems hat der Rezensent allerdings Zweifel, ob eine so ausführliche Erörterung (60 Seiten) wirklich erforderlich war (vgl. insbesondere die Abschnitte über die „exogene Kritik“). Die Thesen, daß 1. das Theorem auch heute noch „als gültige Antwort auf unsere Frage, wie Zölle die Lohnquote und das Lohneinkommen beeinflussen“, gilt und daß 2. der Protektionismus durch die Aussagen des Theorems „eine starke Stütze“ erhalten habe (S. 72, 80 und 121), können als Begründung kaum akzeptiert werden. Dafür spricht eigentlich am besten die sorgfältige kritische Darstellung des Theorems und seiner Rahmenbedingungen, die der Verfasser anhand der Literatur selber vornimmt. Dort wurde auch bereits das Ergebnis gewonnen, „daß an der Gültigkeit dieses Theorems und seiner Bedeutung für die Wirtschaftspolitik erhebliche Abstriche gemacht werden müssen“ (S. 121, 123).

Den wesentlichsten Beitrag der Arbeit zum Thema enthalten das vierte und fünfte Kapitel, in denen der Monopolisierungs- und der Kreislaufaspekt der modernen Einkommensverteilungstheorie ausgewertet wird. Im Kapitel über „Zölle, Marktform und Lohnquote“ greift der Verfasser vornehmlich auf die bemerkenswerten Ansätze von *Willgerodt* zurück und erweitert sie zu einer begrüßenswerten

eigenständigen Darstellung. Zu bedauern bleibt lediglich die ausschließliche Beurteilung der Monopolisierungstendenzen (-grade) unter dem statischen Allokationsgesichtspunkt. Das mag sich gerade für die „Neulandentdeckung“ in diesem Bereich (S. 138) als wenig zweckmäßig erweisen.

Im Kapitel über „Zölle und Lohnquote im wirtschaftlichen Kreislauf“ ist der Verfasser bemüht, in detaillierter Argumentation nachzuweisen, daß aufgrund von Zollerhebungen Leistungsbilanzsalden, Staatshaushalt, Konsum und Investitionen dahin tendieren, die effektive Nachfrage im Verhältnis zum Angebot zu erhöhen und durch einen daraus resultierenden Nachfrageüberhang die Lohnquote zu senken. Für alle diejenigen, die nicht nur an einem kritischen Literaturüberblick, sondern auch an der Weiterentwicklung der theoretischen Gesichtspunkte des Themas interessiert sind, ist dieses Kapitel das entscheidende und anregendste.

Unbeschadet der geäußerten Kritik an einigen prinzipiellen Punkten kann die in Aufbau und Einzelargumentation überwiegend klare und überzeugende Arbeit als begrüßenswerter Beitrag zur ausführlichen Information über das Thema und seine Weiterentwicklung betrachtet werden.

Detlef Lorenz, Berlin

Klaus Rose (Hrsg.): Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Köln, Berlin 1965. Kiepenheuer & Witsch. 455 S.

Alfred Eugen Ott (Hrsg.): Preistheorie. Köln, Berlin 1965. Kiepenheuer & Witsch. 544 S.

Die Rechtfertigung einer gemeinsamen Besprechung zweier Veröffentlichungen so unterschiedlichen Inhalts liegt darin, daß es Herausgeberarbeit zu würdigen gilt. Der Inhalt der hier wiederabgedruckten Beiträge ist längst diskutiert worden oder ist noch Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion. Die beiden Editoren standen vor der gewiß nicht einfachen Aufgabe, durch die Zusammenstellung bereits veröffentlichter Beiträge auf beschränktem Raum einen möglichst umfassenden Überblick über Entwicklung und Stand des vorgegebenen Fachgebiets zu vermitteln.

Rose gliedert den Stoff in die reine Außenwirtschaftstheorie, in der es um Ursachen, Richtung, Umfang und Wohlstandswirkung des internationalen Warenverkehrs geht, in die monetäre Außenwirtschaftstheorie, in deren Mittelpunkt der Einfluß von Preis-(Wechselkurs-) und Einkommensänderungen auf die Zahlungsbilanz steht, und in die Zolltheorie als dem wichtigsten Teil der Theorie der Handelspolitik. In einer beispielhaft klaren und instruktiven Einleitung zeichnet er die Hauptentwicklungslinien der Außenwirtschaftstheorie gesondert für ihre drei Teilgebiete nach und führt gleichzeitig unmittelbar in die Aufsatzsammlung ein, indem er Hauptanliegen und Bedeutung der einzelnen Aufsätze einflicht.

Jede Auswahl ist notwendigerweise subjektiv, also meinungsabhängig. Über Einzelheiten zumindest ließe sich daher immer — also auch

hier — streiten. So etwa darüber, ob *Leontiefs* Aufsatz über „Die Anwendung von Indifferenzkurven bei der Analyse des internationalen Handels“ besser einem anderen Beitrag Platz gemacht hätte, weil das Instrument gesellschaftlicher Indifferenzkurven wegen der irrealen Voraussetzungen, auf denen es basiert, sich zur Lösung wirtschaftspolitischer Fragen als ungeeignet erwiesen hat. Aber solche ebenfalls subjektiven Einwände wiegen nicht schwer; denn die Aufgabe, einen Überblick über Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie durch Zusammenstellung richtungweisender Aufsätze zu geben, wurde gut gelöst. Hoffen wir, daß diese „mundgerechte“ Aufbereitung wichtigen Quellenmaterials (die Beiträge sind übersetzt) zur Benutzung anregt.

Das gleiche Ziel verfolgt der von Alfred E. *Ott* herausgegebene Sammelband „Preistheorie“. Die Vielzahl wichtiger Beiträge und die Verzweigkeit des Gebietes macht hier eine Auswahl besonders schwer. Der 1. Teil enthält Aufsätze von Ragnar *Frisch*, Erich *Schneider* und Horst C. *Recktenwald*, von denen sich die beiden ersten mit dem Einfluß der Zielsetzung und der Verhaltensweisen der Marktteilnehmer auf die Preisbildung befassen, während *Recktenwalds* Aufsatz eine Zusammenfassung und kritische Würdigung der vielfältigen Versuche auf dem Gebiet der Marktformenlehre bietet.

Der 2. Teil bringt zwei Aufsätze über die Theorie des Nutzens und der Nachfrage (Eugen *Slutsky*: Zur Theorie des Verbraucherbudgets. — John R. *Hicks*, Roy G. *Allen*: Eine erneute Betrachtung der Werttheorie, Erster Teil. Eine mathematische Theorie der individuellen Nachfragefunktion, Zweiter Teil) und der 3. Teil zwei Aufsätze über die Theorie der Kosten und des Angebots (Luigi *Amoroso*: Die statische Angebotskurve. — Jacob *Viner*: Kosten- und Angebotskurven). In diesem Falle erscheint die Auswahl besonders problematisch, wenn man bedenkt, daß über beide Gebiete in derselben Reihe ein gesonderter Sammelband erschienen ist bzw. erscheinen wird. — Im 4. Teil finden sich dann Beiträge zur eigentlichen Theorie der Preisbildung. Wie der Herausgeber selber hervorhebt, war aus Raumgründen nicht möglich, die bahnbrechenden Arbeiten von Edward H. *Chamberlin* (The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge 1933), Joan *Robinson* (The Economics of Imperfect Competition, London 1933) und Heinrich v. *Stackelberg* (Marktform und Gleichgewicht, Wien, Berlin 1934) aufzunehmen. Dieser Teil enthält zwei Aufsätze über Monopol und Monopolpreisbildung von Abba P. *Lerner* und John R. *Hicks*, eine Interpretation der Chamberlinschen und Robinsonschen Theorien durch Fritz *Machlup*, drei Aufsätze über die Preisbildung im Oligopol von Paul M. *Sweezy*, George J. *Stigler* und Kurt W. *Rothschild* und einen Aufsatz von Heinrich v. *Stackelberg* über den Einfluß von Werbung und Qualitätsveränderung auf Preis und Absatzmenge.

Der 5. Teil enthält unter der Überschrift „Spezialprobleme der Preisbildung“ einen Beitrag Heinrich v. *Stackelbergs* über Preisdiffe-

renzierung durch Marktteilung beim Monopol und einen Beitrag Wilhelm Krelles, in dem versucht wird, die risikovergrößernde Unsicherheit bei der Voraussicht wirtschaftlicher Ereignisse mit Hilfe wahrscheinlichkeitstheoretischer Ansätze in die Preistheorie einzubeziehen.

Der 6. Teil schließlich bringt eine einführende Abhandlung von Oskar Morgenstern über „Die Theorie der Spiele und des wirtschaftlichen Verhaltens“ und eine spezielle Anwendung der Theorie der Spiele auf ein ökonomisches Problem mit dem Aufsatz von H. P. Neisser: Das Oligopol als Nichtnullsummenspiel.

Hubertus Adebahr, Berlin

Hans R. Krämer: Wirtschaftliche und rechtliche Probleme der monetären Integration in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 179 S.

Wirtschaftstheoretische Untersuchungen zu Problemen der Währungspolitik in der EWG vernachlässigen nur allzu oft den rechtlichen und institutionellen Rahmen, innerhalb dessen die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Andererseits werden häufig auch die Möglichkeiten übersehen, die das Abkommen selbst wie die Fortschritte in der praktischen Zusammenarbeit auf diesem Sektor bieten.

Um so mehr muß man die vorliegende Arbeit begrüßen, die gerade diese Probleme eingehend und übersichtlich behandelt. In einem Satz zusammengefaßt: Krämer stellt im wesentlichen die Grenzen und Möglichkeiten dar, die nach dem EWG-Vertrag den einzelnen Mitgliedstaaten wie der Gemeinschaft als solcher und ihren Organen nach der Erreichung der Endstufe auf dem Gebiet der monetären Politik gegeben sind. Hiermit ist gleichzeitig das Hauptverdienst dieser wichtigen Arbeit genannt: Es wird nicht nur das *Procedere* selbst, sondern auch die Bedeutung des rechtlichen und institutionellen Rahmens für die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und deren Durchsetzbarkeit eingehend dargelegt. Eine wirklichkeitsnahe Untersuchung der Integrationsprobleme in der EWG auf dem monetären Sektor kann an dieser Veröffentlichung nicht vorbeigehen.

Eine gewisse Schwäche der Arbeit liegt wohl darin, daß die Untersuchung der rein ökonomischen Probleme m. E. häufig zu früh abgebrochen wird. Verfolgt man z. B. die möglichen Konfliktsituationen zwischen den Zielen des „Magischen Dreiecks“ bis in die letzten Konsequenzen, wird man kaum zu der optimistischen Beurteilung des zentralen Artikels 104 des EWG-Vertrages kommen. Dieser optimistische Grundton in den Ausführungen Krämers dürfte weiterhin wesentlich darauf zurückzuführen sein, daß die eigentlichen Probleme der Kooperation auf dem Gebiet der Finanzpolitik kaum dargelegt werden. Der „monetäre Aspekt“ läßt sich aber wegen der engen Interdependenz gerade auf diesem Gebiet nicht hinreichend

genau behandeln, wenn die Frage der finanzpolitischen Kooperation zu sehr vernachlässigt wird. Im einzelnen wären etwa noch kritisch anzumerken die mißverständlichen Ausführungen zum „fundamentalen Ungleichgewicht“ (S. 11 f.) und der Fehlschluß, ein Land könne sich auf die Dauer erfolgreich gegen einen Inflationsimport wehren. Besonderes Interesse verdient dagegen der Hinweis, ein Mitgliedstaat könne sich durch Gemeinschaftsbeschlüsse ein Alibi für wirtschaftspolitische Maßnahmen holen, die innenpolitisch sonst kaum durchsetzbar wären.

Die kritischen Einwände bewegen sich somit vorwiegend außerhalb des Rahmens, den sich der Verfasser gesteckt hat. Akzeptiert man diese Beschränkung, wird auch der sehr „optimistische Tenor“ hinsichtlich einer zunehmenden monetären Integration in der EWG verständlich. Besonders hervorzuheben ist jedoch, daß Krämer nicht nur die bestehenden Vertragsbestimmungen interpretiert und die Bedeutung der Organe für die monetäre Politik aufzeigt, sondern auch deutlich werden läßt, wie die praktische Politik der Zusammenarbeit nach unscheinbaren Anfängen auf einigen Gebieten (vor allem: Tätigkeit des Währungsausschusses und des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten) bereits wichtige Stufen der Kooperation erreicht hat. Am Schluß legt der Verfasser die Möglichkeiten einer Verstärkung der währungspolitischen Zusammenarbeit dar und unterbreitet auch einige Vorschläge. Als Gesamtergebnis könnte man wohl feststellen: „Die Entwicklung lehrt, daß Fortschritte währungspolitischer Zusammenarbeit innerhalb der EWG nur schrittweise zu erzielen sind. Bisher wurden bestehende Einrichtungen verstärkt, neue Einrichtungen mit anfangs geringen Befugnissen geschaffen, und außerdem fand eine mehr oder weniger stillschweigende Ausweitung von Kompetenzen statt. Nirgends gab es aufsehenerregende Neuerungen. Dafür ist aber ihre Summe durchaus bemerkenswert“ (S. 168 f.). Diesen Prozeß legt Krämer mit aller Deutlichkeit dar.

Otmar Issing, Erlangen-Nürnberg

Simon Kuznets: Modern Economic Growth; Rate, Structure and Spread. Yale/Conn. 1966. Yale University Press. 529 S.

Die Wachstumsproblematik hat in den letzten Jahren stark das theoretische Modelldenken in der Wirtschaftswissenschaft angeregt. Empirisch-statistische Beiträge zu Fragen des Wirtschaftswachstums waren weniger häufig. Kuznets hat mit seinen Aufsätzen über „Quantitative Aspects of Economic Growth of Nations“ in der Zeitschrift „Economic Development and Cultural Change“ seit 1956 dazu wertvolle Studien geliefert.

Das vorliegende Buch baut in hohem Maße darauf auf. „Modern Economic Growth“, das ist das Wachstum der Volkswirtschaften innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte. Drei Aspekte kennzeichnen „Wirtschaftswachstum“: Der quantitative, der sich mit dem Wachstum

wichtiger volkswirtschaftlicher Aggregate befaßt (Bevölkerung, Produktion); der strukturelle, der auf Wandlungen der Produktions- und Organisationsstruktur abstellt; der internationale, der die Auswirkungen des Wachstums einzelner Volkswirtschaften auf ihre gegenseitige Verflechtung untersucht. Damit ist auch schon der Untersuchungsgang der Arbeit skizziert. Zunächst werden Definitions- und Messungsprobleme diskutiert. Das zweite Kapitel stellt die quantitativen Aspekte modernen Wirtschaftswachstums dar: Gesamtprodukt, Pro-Kopf-Einkommen, Produktivität u. a. Im dritten Kapitel werden Wandlungen der Produktionsstruktur, d. h. Verschiebungen zwischen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor behandelt. Spezialprobleme hier: Industrialisierung, Veränderungen der industriellen Struktur selbst, Strukturwandlungen im tertiären Sektor. Das vierte Kapitel bringt Untersuchungen über die Verteilung des Einkommens; hauptsächlich werden Ergebnisse über den langfristigen Trend der Anteile der Produktionsfaktoren aus Gesamteinkommen präsentiert. Im nächsten Kapitel finden sich Ergebnisse über den Trendverlauf der Verwendung des Sozialprodukts auf privaten und staatlichen Konsum sowie auf die Kapitalbildung. Die Kapitel sechs bis neun befassen sich mit den internationalen Aspekten. Zunächst wird gezeigt, daß Wirtschaftswachstum zu einer steigenden Interdependenz der entwickelten Länder führt; die Güter- und Kapitalbewegungen weisen eine steigende Verflechtung auf. Sodann werden die weniger entwickelten Volkswirtschaften in die Analyse einbezogen. Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen werden aufgezeigt und auf ihre Aussagekraft und Bedeutung untersucht. Der wirtschaftlichen Struktur der Entwicklungsländer ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Es enthält eine vergleichende Analyse der strukturellen Gegebenheiten und Wandlungen ähnlich der, wie sie vorher für die entwickelten Länder unternommen wurde. Schließlich stellt sich der Autor die Frage, wie die Aussichten für eine weltweite Ausbreitung des modernen Wirtschaftswachstums — so wie es eingangs im Buche definiert wird — sind und welche Faktoren dagegen stehen, die bewirken, daß die Unterscheidung zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern noch weiterhin bestehen wird.

Das Buch ist angefüllt mit informationssuperiertem statistischem Material. Kuznets legt eine quantitativ-empirische Arbeit vor. In bewußter Beschränkung verzichtet der Autor auf eine geschlossene Theorie des modernen Wirtschaftswachstums. Aber wo immer es möglich ist, geht er über die reine Darlegung seiner quantitativen Ergebnisse hinaus und versucht Interpretation und Erklärung.

Werner Meißner, Darmstadt

Arthur F. Burns: The Management of Prosperity. New York-London 1966. Columbia University Press. 70 S.

In diesen drei Vorlesungen gibt einer der besten Kenner der US-amerikanischen Wirtschaft einen kurzen Überblick über die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik, die er als langjähriger Vorsitzender

des Council of Economic Advisers wie in anderen wichtigen Positionen selbst aktiv mitgestaltet hat.

Nach einer Analyse der langen Expansionsphase der amerikanischen Wirtschaft unter den Regierungen Kennedy und Johnson verdienen vor allem die Ausführungen zur Frage der Arbeitslosigkeit in den USA besonderes Interesse. Der Autor glaubt nicht nur, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten zum größten Teil strukturell bedingt ist, sondern daß diese strukturellen Probleme eine zunehmende Rolle spielen werden. Damit zerfällt eine volkswirtschaftlich sinnvolle Vollbeschäftigungspolitik in zwei Teilaufgaben. Das Kriterium für eine Ausdehnung der monetären Gesamtnachfrage liegt dabei nach Burns im Vergleich der offenen Stellen und der Arbeitslosen. Sobald die Zahl der offenen Stellen größer oder gleich der Zahl der Arbeitslosen ist, wird aus der „globalen“ Aufgabe der Vollbeschäftigung ein Strukturproblem des Arbeitsmarktes, das nicht über die Ausdehnung der monetären Gesamtnachfrage befriedigend zu lösen ist. Allerdings bedarf es für die entsprechende „Strukturpolitik“ noch einer erheblichen Verbesserung der amerikanischen Arbeitsmarktstatistik. Beachtung verdient vor allem noch der Vorschlag, den Einkommensteuersatz zur Stimulierung des Wachstums von Zeit zu Zeit zu senken, ohne daß diese Senkung in Zeiten der Hochkonjunktur rückgängig gemacht werden sollte.

Burns entwickelt hier ein Konzept der allgemeinen Wirtschaftspolitik, das wegen der weitgehend gemeinsamen Probleme in den modernen Industriestaaten nicht nur für die USA den „Pathway to stable prosperity“ öffnen hilft. Unter diesem Aspekt werden die Vorschläge des Autors gerade bei uns besonderem Interesse begegnen.

Otmar Issing, Würzburg

Günter Möllmann und Wilhelm Wernet: Zur Stellung des Selbständigen in der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Münster/W. 1966. Handwerkswissenschaftliches Institut. 96 S.

Die aus der Schule Wilhelm Wernets im Handwerkswissenschaftlichen Institut der Universität Münster hervorgegangene Studie bemüht sich um eine Darstellung des gegenwärtigen Standes der sozialen Sicherung der Selbständigen, beschränkt sich also nicht allein auf das Handwerk, wengleich diesem bei der Erfassung und Lösung der spezifischen Sicherungsprobleme des modernen selbständigen Mittelstandes wichtige Schrittmacherdienste zuerkannt werden müssen. Die Verfasser setzen sich zunächst mit den gesellschaftlichen Grundlagen auseinander, um die Stellung der Selbständigen in der gegenwärtigen Sozialstruktur erkennen zu können, da die alten Begriffe „Mittelstand“, „Mittelschicht“ eben nur noch bedingt zutreffend sind. Weiter geht es dann darum, die Konzeption einer „neuen“ Sozialpolitik zu beschreiben, die nicht mehr bestimmte Schichten bevorzugt, die nicht mehr in der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts verwurzelt ist, sondern sich in die neuformierten gruppenspezifischen Interessen-

lagen der heutigen pluralistischen Gesellschaft einfügt. Zwischen der allgemeinen, unterschiedslosen Grundsicherung einerseits und der bedrohten individuellen Dispositionsfreiheit gilt es, der Sozialpolitik einen Weg zu bahnen. Im 3. Kapitel über den gegenwärtigen Stand der sozialen Sicherung wird — ohne, wie auch sonst in der Darstellung, auf einzelne konkrete Regelungen einzugehen — als zutreffendes Ergebnis festgehalten, daß die soziale Sicherung für alle heute einen früher nie gekannten Stand erreicht hat, wegen des fehlenden einheitlichen Ansatzes jedoch ein allgemeines Urteil über das vielschichtige Bild nicht gefällt werden könne.

In einem Ausblick auf die künftige Entwicklung bekennen sich die Verfasser zum Selbstbestimmungsrecht der zu schützenden Selbständigen, die nicht einer allumfassenden Grundsicherung des Staates („Totallösung“) erliegen, sondern auch weiterhin die Wahl zwischen mehreren Methoden sozialer Sicherstellung haben sollten.

Alles in allem eine kurze Zusammenfassung sozialpolitischer Überlegungen im Bereich der Selbständigen, die auch zeigt, wie sehr gerade hier Sozialpolitik Teil allgemeiner Struktur- und Wirtschaftspolitik ist.

Harald Winkel, Mainz

Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik.
Berlin 1966. Duncker & Humblot. 173 S.

Das vorliegende Heft gibt die Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über den im Titel erwähnten Gegenstand auf der Tagung in Bad Godesberg am 24. und 25. Juni 1966 wieder. Es enthält die vier Referate und eine ausführliche, teilweise sachlich recht ergiebige Aussprache. Detlev Zöllner würdigt die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik aus der Sicht des Arbeitsmarktes. Er gibt eine Übersicht über die Entwicklung der ausländischen Arbeitskräfte bis zu dem im Zeitpunkt des Vortrags erreichten Bestand von 1,2 Millionen und gliedert ihn nach Herkunft, Geschlecht, Alter und nach seiner Verteilung auf die einzelnen Länder und Wirtschaftszweige, in denen sie beschäftigt sind.

In der Darlegung einer Reihe von Tatbeständen, die teilweise zahlenmäßig nachgewiesen werden (niedriges Durchschnittsalter, weniger Krankheitsfälle, Überweisung eines Teils des Lohnes ins Ausland, häufigerer Arbeitsplatzwechsel usw.), schafft Zöllner Ausgangspunkte für die Würdigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der ausländischen Arbeitskräfte. Ihrer hat sich jedoch Hans Joachim Rüstow in seinem Referat „Gastarbeiter — Gewinn oder Belastung für unsere Volkswirtschaft?“ kaum bedient. Auf Grund von Überlegungen, die er selber richtigerweise als „eine einseitige Betrachtung des vielschichtigen Problems“ (S. 48) bezeichnet, gelangt Rüstow zur Behauptung, „daß wir bisher keinen Gewinn für die Entwicklung unseres Lebensstandards von den Gastarbeitern gehabt haben, daß die zu starke private Investition auf Kosten des Konsums und die Inan-

spruchnahme von Wohnraum, Verkehrseinrichtungen und sonstigen Infrastrukturanlagen durch Gastarbeiter für uns nur eine Belastung war“ (S. 47). Daß dieses einseitig negative Urteil der Gesamtbedeutung der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik nicht gerecht wird, ist in der Diskussion mehrfach, besonders eindrücklich von *Thalheim*, nachgewiesen, aber auch von *Zöllner*, *Mertens*, *Teschner* und anderen überzeugend dargelegt worden, so daß hier nicht darauf eingegangen zu werden braucht.

Von hohem Interesse ist der Vortrag von *Fassbender* über „unternehmerische und betriebliche Probleme“, die durch Beschäftigung von Ausländern entstehen, beispielsweise darüber, daß der Arbeitsrhythmus der Ausländer anders ist als jener der einheimischen Arbeitskräfte, weshalb sie, in einen Fließprozeß eingeschaltet, zur Unzeit ermüden und Störungen verursachen können.

Im letzten Vortrag macht Gerhard *Kade* „auf der Grundlage von praktischen Erfahrungen mit der Vorbereitung von Entwicklungsplänen in Griechenland und Spanien“ den Versuch, „die Bedeutung der Arbeitskräftewanderung im Rahmen der Entwicklungspläne der Mittelmeerländer in einer vergleichenden Analyse zu bestimmen“ (S. 115). Er kommt zur Feststellung, „daß die Arbeitskräftewanderung kein Faktor ist, der mit Freizügigkeitspostulaten einer unreflektierten Europa-Euphorie zu bewältigen ist... Nur eine internationale Wanderungspolitik, die langfristige Konzepte entwirft, wird geeignet sein, einen Beitrag zur Entwicklung der Mittelmeerländer zu leisten“ (S. 133).

Theo Keller, St. Gallen

Christoph Bellstedt: Die Steuer als Instrument der Politik. Eine vergleichende Untersuchung der Steuerpolitik in den USA und Deutschland. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 469 S.

Wenn hier die Steuer „als Instrument der Politik“ bezeichnet wird, so muß gleich darauf hingewiesen werden, daß hier unter dem Begriff Politik sowohl die allgemeine Tätigkeit der Staatsorgane behandelt wird, und zwar besonders in dem Abschnitt des 1. Kapitels „Zur Geschichte der Steuer in der Verfassungsentwicklung“, als auch spezielle Teile der Politik, und zwar die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik (im 2. Kapitel). Den Plan dieser Darstellung kennzeichnet der Verfasser selbst im Vorwort (S. 5) folgendermaßen: „Es war mein Bestreben, voraufgegangene historische Forschungen über den Einfluß der Steuerpolitik auf die Entstehung demokratischer Verfassungsordnungen fruchtbar zu machen für eine vergleichende aktuelle Untersuchung des Verhältnisses von Steuerpolitik und Verfassungswirklichkeit.“

In seiner Einleitung (S. 13 ff.) betont Bellstedt ganz besonders das genossenschaftliche Element in den heutigen westlichen Demokratien, das verkörpert sei vor allem in drei Einrichtungen Selbstverwaltung, Wahlen und Steuer; für ihn ist der Staat eine „notwendige Einrichtung ohne Selbstzweck oder gar Selbstherrlichkeit mit ausschließlich

dienenden Funktionen“, im Gegensatz zu der Auffassung des Wortes „Staat“ als Kennzeichen der Herrschaft (S. 14). Um aber in passender Weise tätig werden zu können, bedarf der Staat der Steuern (S. 15). Andererseits hat dann die Steuer auch erhebliche Wirkungen auf den einzelnen (S. 19). Auf diese Zusammenhänge geht der Verfasser in der geschichtlichen Darstellung für die Länder Deutschland, England und die USA näher ein, für Deutschland beginnend mit dem hohen Mittelalter, wobei er zusammenfassend (S. 71) feststellt: „Die Geschichte des Steuerbewilligungsrechtes in Deutschland ist zugleich die einer der ältesten demokratischen Einrichtungen dieses Volkes.“ Für England betont er dann, daß hier „das Steuerbewilligungsrecht tatsächlich an der Wiege des Parlamentarismus (stand)“ (S. 72). Auch „aus der frühen amerikanischen Verfassungsgeschichte ist die Steuerfrage schlechterdings nicht wegzudenken“ (S. 81), wobei allerdings die Einkommensteuer hier ein „besonders heißes Eisen“ war.

Ein besonderer Abschnitt „Theorien, Prinzipien, Meinungen“ (S. 111—183) befaßt sich nach diesen historischen Erfahrungen mit der bekannten Erkenntnis der politischen Ökonomie, „daß die Steuer nicht nur von wirtschaftlicher Relevanz ist, sondern eine mindestens ebenso große, wenn nicht noch größere politische Bedeutung hat“ (S. 111). Hier werden vor allem die Auffassungen hervorragender Wissenschaftler des In- und Auslands, aber auch derjenigen von Politikern, Abgeordneten und Interessenvertretern in den Vereinigten Staaten eingehender erörtert.

Anschließend behandelt das 2. Kapitel (S. 184 ff.) „die Steuer als Instrument der Politik“, wobei ausdrücklich festgestellt wird, daß nur die Einkommensteuer einbezogen wird. Hinzuweisen ist hier besonders auf den Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in der Fassung des Einkommensbegriffs („Vorbemerkung“, S. 184—188). In dem Abschnitt I tritt die Einwirkung des Steuerrechts vor allem in Erscheinung in der Festsetzung eines „allgemeinen Freibetrages“, in der Behandlung der Familie als „Schutzobjekt“, in der Hilfe für Kranke und in der Sicherung des Lebensabends, in dem Abschnitt II die Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik vor allem in der Gewährung von Investitionshilfen (Abschreibungen, Investitionszulagen — in Deutschland nur für Westberlin vorgesehen — und Steuervergünstigungen für Dividendeneinkünfte — hier beschränkt auf die USA), in der Durchführung einer bestimmten „Mittelstandspolitik“ — wobei in den USA das mittelständische Gewerbe seit 1953 unter dem besonderen Schutz des Staates steht — und in der Gewährung von Auslandsinvestitionen (in den USA), denen in Deutschland nur gewisse steuerliche Vergünstigungen zur Förderung der „Entwicklungshilfe“ entsprechen (S. 406 ff.). Hinzuweisen ist hier noch besonders auf die „Steuerbotschaft“ von Präsident Kennedy vom 20. 4. 1961, in der „die Bedeutung eines starken und gesunden Steuersystems für die amerikanische Wirtschaft und die Bedeutung einer gesunden amerikanischen Wirtschaft für die Ver-

teidigungs- und Führungsverpflichtungen der USA in der freien Welt“ (S. 396) hervorgehoben werden.

In dem 3. Kapitel „Schlußbetrachtungen“ behandelt der Verfasser „Einflüsse des Willensbildungsprozesses auf die Steuerpolitik“ und — ganz kurz — die Frage „Herrschaft oder Genossenschaft?“ Dabei kann er allerdings den steuerlichen Lenkungsmaßnahmen in den USA den Vorwurf nicht ersparen, „ideologisch einseitig überdeterminiert zu sein“ (S. 433). Bezüglich der zweiten Frage stellt er fest, „das genossenschafts-demokratische Element der Steuerleistung ist am Schwenden“ (S. 456, am deutschen Beispiel dargestellt).

Abschließend ist noch auf folgendes hinzuweisen: Bellstedt hat sich wirklich große Mühe gegeben, die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem Wirtschaftsgeschehen und der Steueraufbringung nach Art und Umfang zu schildern und daraus Schlüsse für ein möglichst praktisches Verfahren zu ziehen. Mit Recht fordert er daher auch für die politische Wissenschaft „eine mutige und klare Entscheidung für Werte des menschlichen Seins und Zusammenlebens in der Gemeinschaft“ und ein „hinreichendes Vertrautsein mit den Methoden und Erkenntnissen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ (S. 457). Etwaige Mängel dieser Studie führt er selbst darauf zurück, daß ihm „die eine oder andere dieser Voraussetzungen gefehlt haben“ (ibid.).

Peter Quante, Kiel

José Manuel González Páramo: La empresa y la política social. 2 Bde. Madrid, Mexiko, Buenos Aires, Pamplona 1966. Verlag Rialp. 658 u. 516 S.

Aus den verschiedensten Gründen ist eine praktische und effiziente Sozialpolitik in Spanien in den Jahren nach dem Bürgerkrieg (also seit 1939) kaum feststellbar gewesen. Erst in der jüngeren Zeit sind Anzeichen vorhanden z. B. in einem schwachen Ausbau der Sozialversicherung, beim sozialen Wohnungsbau oder der Lohnpolitik. Auch die soziale Komponente des Betriebslebens spielt immer noch eine untergeordnete Rolle, was dadurch besonders verständlich wird, daß die Möglichkeit der Einflußnahme oder gar der Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betrieb bedeutungslos ist. Bei dieser Situation wirkt ein zweibändiges Werk von über 1100 Seiten eines spanischen Autors mit dem Titel „Das Unternehmen und die Sozialpolitik“ aufsehenerregend. Die spanische wissenschaftliche und Tagespresse hat die Publikation dementsprechend stark beachtet.

Das Buch ist in der Reihe „Mensch und Gesellschaft“ erschienen, in der bereits vorher Werke von Ralf Dahrendorf, Johannes Messmer, George Katona u. a. herausgebracht worden waren. Durch den Namen der Reihe „Mensch und Gesellschaft“ wird eher deutlich, was aus dem Buchtitel nicht zu ersehen ist, daß es sich bei dem vorliegenden Werk weniger um ein betriebswirtschaftliches handelt, das vielleicht in konkrete Vorschläge für eine Sozialpolitik im Unternehmen mündet. Vielmehr stellt Páramos Arbeit den theoretischen Versuch

dar, das Unternehmen in der modernen Gesellschaft nicht nur unter technischen und ökonomischen, sondern auch unter politischen, soziologischen, kulturellen, juristischen, philosophischen und ethischen Aspekten zu sehen. Dies sei deshalb erforderlich, weil das Unternehmen heute für die westliche Welt *das* entscheidende Problem sei; denn schließlich hinge in den westlichen Staaten das Leben fast aller Menschen in irgendeiner Form, aber sehr entscheidend mit einem Unternehmen zusammen. „Der Mensch wird geformt in der Familie, dem Unternehmen und den privaten und öffentlichen Gemeinschaften“ (Bd. I, S. 55).

Der Autor stellt also stark auf die soziologische Fragestellung ab und bezeichnet dementsprechend als das Grundproblem des Unternehmens „die Ungleichheit der Chancen vor der Macht“ und „die soziale Schichtung, die daraus resultiert“ (Bd. II, S. 307).

Es ist naheliegend, hieraus die Forderung nach einer geeigneten Ordnung der industriellen kapitalistischen Gesellschaft zu stellen, was Páramo im Ergebnis auch tut, wenn er mit *Messmer* übereinstimmt, daß die Neuordnung des Unternehmens eine Aufgabe darstelle, „von der nicht nur die Lösung des sozialen Problems . . . , sondern auch das Schicksal der Gesellschaft . . . abhängt“ (Bd. II, S. 348). Charakteristisch für die Grundtendenz vieler Anregungen des Autors zu Reformen ist seine „feste Überzeugung“, daß die Neuerung davon abhängen müsse, daß „das Christentum eine Realität im privaten und öffentlichen Leben sein müsse“ (Bd. II, S. 349). Vor allem im II. Band, bei dem es um die Reform des Unternehmens und der Sozialpolitik, um den Problemkreis Unternehmen und Macht und schließlich Unternehmen und die Zukunft geht, wird die religiös-weltanschauliche Grundhaltung des Autors deutlich. Das Buch stellt jedoch in erster Linie ein streng wissenschaftliches Werk dar und will eine „ausgedehnte Information“ (Bd. II, Schlußbetrachtungen, S. 440) zur Verfügung stellen. Diese ergibt sich vor allem auch aus dem ersten Band, der eine Fülle von Tatsachen und Gedanken enthält, die auch dem deutschen Leser wertvolle Anregungen bieten.

Das Einmalige des Buches besteht vor allem in seiner Vielseitigkeit, mit der das Thema angefaßt wird. Die ungeheure Weite der Materie hat verständlicherweise ein umfangreiches Werk entstehen lassen, das allerdings von der Warte des Fachwissenschaftlers (des Politikers, Ökonomen, Juristen, Soziologen u. a.) niemals Vollständigkeit beansprucht.

Ulrich Brösse, Aachen

Lübbe Schnittger: Besteuerung und wirtschaftliche Entwicklung in Ostafrika. Berlin, Heidelberg, New York 1966. Springer-Verlag. XVI/193 S.

Kenia, Tanganyika und Uganda bilden seit den zwanziger Jahren einen gemeinsamen Markt, der gegenwärtig weiter ausgebaut werden soll. Besonders auf steuerpolitischem Gebiet haben sie in der East African Common Services Organization bereits Formen enger Zu-

sammenarbeit gefunden. Heute werden mehr als 80 % des Steueraufkommens der drei Länder nach gleichen Grundsätzen und Tarifen erhoben. Zur Besteuerung steht allerdings nur ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von ungefähr 300 DM zur Verfügung, das überdies sehr ungleich verteilt ist und zu einem Drittel im Rahmen der Subsistenzwirtschaft erzielt wird.

Schnittger hat das Material zu seiner Studie an Ort und Stelle und unter Mithilfe der afrikanischen Behörden zusammengetragen. Er liefert damit einen Beitrag zu einem Bereich der finanzwissenschaftlichen Literatur, in dem einer Fülle angelsächsischer und französischer Veröffentlichungen nur wenige deutsche Arbeiten gegenüberstehen.

Nach einer knappen Skizze der wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in den drei Ländern wendet sich der Verfasser allgemeinen Fragen der Steuerpolitik in den Entwicklungsländern zu, die dort primär unter dem Wachstumsziel steht. Für die Besteuerung wird daraus die Aufgabe abgeleitet, die Spar- und Investitionsrate zu erhöhen. Schnittger plädiert in erster Linie für eine stärkere staatliche Kapitalbildung, um die wachstumsnotwendige Infrastruktur finanzieren zu können. Die private Investitionstätigkeit sieht er als „notwendige Ergänzung des Zwangssparens im öffentlichen Sektor“ (S. 25), allerdings seien die Steuerwirkungen auf Sparen und Investieren in der Entwicklungswelt allgemein noch wenig erforscht.

Die zweite Form des Zwangssparens, nämlich die der Inflation, sei „bisher in Ostafrika (glücklicherweise) nicht beschritten worden“ (S. 23). Zum Problem der Geldwertstabilität hätte man allerdings über die währungspolitischen Pflichtübungen hinaus gern etwas mehr erfahren, zumal wenn an anderer Stelle mitgeteilt wird, daß die Steuereinnahmen in den letzten Jahren nur noch ungefähr die Hälfte der Budgetausgaben zu decken vermochten.

Im dritten und umfangreichsten Teil der Arbeit widmet sich Schnittger der Analyse der Besteuerung, wobei die Beschreibung der einzelnen angewandten Steuerarten im Vordergrund steht. Hier findet sich auch umfangreiches Tabellenmaterial. Die für Entwicklungsländer typische Dominanz der indirekten Steuern (mit Anteilen zwischen 65 und 85 %) wird besonders deutlich. In allen drei Ländern erbringen heute allein die Importzölle etwa 40 % der Gesamteinnahmen und damit weit mehr als die Einkommensteuer. Die indirekten Steuern weisen auch die weitaus größere Dynamik auf.

Als Mitte der fünfziger Jahre deutlich wurde, daß den damals noch abhängigen Gebieten eigene Finanzquellen erschlossen werden mußten, konnte das Steueraufkommen innerhalb weniger Jahre verdreifacht werden. Dann folgt eine lange Periode der Stagnation bei einer Steuerquote zwischen 10 und 15 % des Bruttoinlandsproduktes. Schnittger hält heute eine höhere Besteuerung für dringend geboten. Die Steuersysteme böten hierzu durchaus Möglichkeiten.

Ernst-Albrecht Conrad, z. Z. Washington

John Kenneth Galbraith: Wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt am Main 1967. Europäische Verlagsanstalt. 110 S.

Bei dieser Broschüre handelt es sich um die von Rolf *Dornbacher* sachkundig besorgte Übersetzung des amerikanischen Originals „*Economic Development*“ (Cambridge/Mass. 1962, II. Aufl. 1964), einer Sammlung von Vorträgen, die Galbraith seit 1961 als amerikanischer Botschafter in Indien, vornehmlich vor Studenten, gehalten hat. Einige für das amerikanische Publikum geschriebene Artikel kamen im vorliegenden Band hinzu.

Galbraith nimmt hier die wichtigsten Probleme der Entwicklungshilfe unter die Lupe seines kritischen Sachverständes. Er umreißt die Aufgaben der Entwicklungspolitik, zieht gegen die landläufigen oberflächlichen Auffassungen über die Ursachen der Armut in den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten zu Felde und weist nach, daß es nicht allein auf die Höhe der materiellen Hilfeleistungen ankommt, sondern auch darauf, daß sie planvoll am richtigen Ort, zum richtigen Zweck und zum rechten Zeitpunkt eingesetzt werden. Hierzu müssen nicht zuletzt auch entscheidende kulturelle Bedingungen in den Entwicklungsländern erfüllt werden, vor allem hinsichtlich der Volksbildung, der sozialökonomischen und politischen Organisation und der öffentlichen Investitionskontrolle. Besonders instruktiv sind seine Überlegungen zum Verhältnis zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, zur Praxis industrieller Entwicklungsplanung und zu den Vorzügen und Nachteilen der freien Marktwirtschaft und der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft, die sich auf dem ideologisch und weltpolitisch umstrittenen Glacis der Entwicklungsländer gegenüberstehen. Was ihre jeweiligen Entwicklungsmethoden betrifft, so gibt es drei wesentliche Unterschiede: „Der erste liegt in der Diagnose der Armut und dem entsprechenden Heilmittel; der zweite in der Art und Weise, in der Entwicklung organisiert wird; der dritte in der politischen und verfassungsmäßigen Form der Entwicklung“ (S. 35). Der Verfasser gelangt zu der Schlußfolgerung, daß der Westen seinen wichtigsten Trumpf — einer ökonomisch weniger entbehrensreichen Entwicklung die Bahn zu ebnen — verspielen wird, wenn er nicht konsequent genug sein Versprechen auf politische Freiheit einlöst und auf die Unterstützung durch „widerwärtige Diktatoren“ spekuliert. Galbraiths nüchterner Appell an den Common Sense in den westlichen Industrie- und in den Entwicklungsländern könnte nicht eindringlicher sein.

Antonio Montaner, Mainz

Richard Judy: Die Bedeutung der Sowjetunion für die Welterdölwirtschaft von 1960 bis 1975. Berlin 1963. Duncker & Humblot. 85 S.

Im Rahmen des Energiegutachtens, das von der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn, im Jahre 1961 der Bundesregierung erstattet und anschließend veröffentlicht wurde, wurde in einem Sondergutachten auch die so-

wjetische Mineralölwirtschaft von einem amerikanischen Spezialisten untersucht. Dieses Gutachten wurde ins Deutsche übersetzt.

Bei der großen Abhängigkeit der deutschen Mineralölwirtschaft von den sieben führenden amerikanischen, britischen und britisch-niederländischen Konzernen ist es von bleibendem Interesse, zu erfahren, welche Zukunftsaussichten das Mineralöl der Sowjetunion hat und ob mit einer verstärkten Neigung zu Exporten zu rechnen ist. Diese Fragen erlangten im Sommer 1967 hohe Aktualität, als die arabischen Länder, die wichtigsten Mineralölexporteure der Welt, mehrere Monate lang den Mineralölexport nach den USA, nach Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland sperrten, was zu erheblichen Kostensteigerungen führte.

Das Gutachten mündet in der Voraussage einer fortlaufenden und sehr lebhaften Expansion des sowjetischen Rohölexportes. Dieses Ergebnis baut auf Statistiken auf, die bis in das Jahr 1959 reichen. Es wird durch die bisherige Entwicklung voll bestätigt. Während 1950 der Ostblock noch einen Mineralöleinfuhrüberschuß von 3 Mill. t hatte, 1955 der Exportüberschuß erst 5 Mill. t und 1960 23 Mill. t betrug, machte er 1966 rund 54 Mill. t aus. Davon stammt bei weitem das meiste Rohöl aus der UdSSR und knapp ein Zehntel aus Rumänien. Während von 1950 bis 1965 die Welterdölförderung sich verdreifacht hatte, stieg die des Ostblockes fast um das Siebenfache; hingegen hatte sich der Verbrauch im Ostblock nur etwas mehr als verfünffacht.

Dieses richtige Ergebnis wurde trotz mancher falscher Annahmen erreicht. Zum Beispiel heißt die zweite von drei grundlegenden Voraussetzungen: „Die UdSSR und der Ostblock sind vom ökonomischen Standpunkt her gesehen weitgehend Selbstversorger und können durch keinen wie immer gearteten Zwang dazu gebracht werden, dringende internationale Bedürfnisse zu befriedigen“ (S. 26)! „Tatsächlich exportierte die Sowjetunion zu einer früheren Zeit Getreide, um damit den Import von Kapitalgütern zu finanzieren, ungeachtet eines akuten inländischen Mangels und einer Hungersnot selbst in der Kornkammer Rußlands, der Ukraine“ (S. 27). — Übersehen wurde, daß sich auch in zentralgeleiteten Volkswirtschaften die Verhaltensweisen ändern können!

Burkhardt Röper, Aachen

Uwe Jens Pasdach: Die langfristige Stahlnachfrage in der Bundesrepublik (Bestimmungsgründe und Prognose bis zum Jahre 1975). Köln und Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 99 S.

Sollte mit diesem Buche lediglich gezeigt werden, welche Faktoren den Stahlverbrauch determinieren, so könnte man es als eine solide ökonometrische Arbeit begrüßen, die unsere Kenntnisse über technische und ökonomische Zusammenhänge bereichert. Das Ziel des Autors ist jedoch höher gesteckt, er möchte eine Prognose für das Jahr 1975 abgeben.

Auf Grund eines Vergleiches verschiedener Regressionsansätze kommt der Autor zu dem Schluß, daß der sichtbare Stahlverbrauch in der Bundesrepublik wesentlich vom realen Bruttosozialprodukt (BSP) bestimmt wird. Unterstellt man, daß das BSP bis zum Jahre 1975 mit einer durchschnittlichen Rate von 3,5 % wächst, dann ist 1975 mit einem Stahlverbrauch von 51 Mill. t Rohstahläquivalent zu rechnen. Diese Voraussage beruht jedoch auf zwei sehr problematischen Annahmen, nämlich einmal der Unterstellung einer bestimmten durchschnittlichen Wachstumsrate (aus diesem Grunde werden in dem Buche auch die Schätzwerte des Stahlverbrauches für alternative Wachstumsraten des BSP angegeben) und zum anderen der Annahme, daß die im Zeitraum 1951—1959 beobachtete Relation zwischen dem Stahlverbrauch und dem BSP bis zum Jahre 1975 unverändert bleibt. Das ist jedoch höchst ungewiß. In dem Buche werden deshalb ausführlich die Einflüsse diskutiert, die vom vermutlichen Vordringen von Substitutionsgütern, wie Aluminium, Kunststoffen und Stahlbeton, sowie vom Sinken des spezifischen Stahlverbrauches ausgehen könnten. Auf Grund recht spekulativer Überlegungen kommt der Autor zu dem Ergebnis, man habe wohl damit zu rechnen, daß der Stahlverbrauch im Jahre 1975 nur im Bereich von 40—45 Mill. t liegen werde.

Der Autor glaubt nun, daß seine Prognose, die allein auf der Verwendung des BSP als unabhängiger Variabler beruht, durch die Entwicklung in den Jahren 1960—1964 bestätigt wird. Warum das nach der vorhergehenden Diskussion um die Substitutionsvorgänge eigentlich der Fall sein soll, wird nicht gesagt. Immerhin zeigt sich zwischen den beobachteten und den auf der Basis eines durchschnittlichen Wachstums des BSP von 3,5 % geschätzten Werten des Stahlverbrauches eine recht gute Übereinstimmung. Unglücklicherweise wuchs das BSP von 1960 bis 1964 aber mit einer durchschnittlichen Rate von 4,8 %.

Manfred Neumann, Köln

Heinrich Strecker und *Willi R. Bihn* (Hrsg.): Die Statistik in der Wirtschaftsforschung. Festgabe für Rolf Wagenführ zum 60. Geburtstag. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 538 S.

Daß dem Jubilar ein so ausführliches Werk über Statistik dargebracht wurde, erklärt sich eindeutig aus seinen besonderen Verdiensten um die Förderung der *internationalen* Statistik durch den Aufbau des Statistischen Amtes der europäischen Gemeinschaften in Luxemburg und Brüssel (seit 1952), das vor allem für die Koordinierung der europäischen Statistik maßgebend geworden ist; außerdem ist er seit 1957 Inhaber des Lehrstuhls für Statistik an der Universität Heidelberg und Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts und seit 1958 Generaldirektor des neugegründeten Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (von dessen Leitung er sich dann 1966 zurückgezogen hat). Der hauptsächliche Wert des umfangreichen Werkes liegt in der ausführlichen Darstellung der überaus

wichtigen Beziehungen zwischen praktischer Wirtschaft und Statistik. In den insgesamt 31 Beiträgen werden sowohl allgemeine Probleme der Statistik als auch ihre speziellen Aufgaben eingehend durchleuchtet, und zwar von Mitgliedern der Lehrkörper europäischer und US-amerikanischer Universitäten sowie von leitenden Beamten der amtlichen Statistik und maßgeblichen Mitgliedern wirtschaftswissenschaftlicher Institute.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Besprechung sein, sämtliche Beiträge einzeln zu würdigen, vielmehr soll der Versuch gemacht werden, auf einige der aktuellsten Probleme der Statistik einzugehen, damit sich der Leser mit der Bedeutung des Gesamtwerkes vertraut machen kann. An den Anfang sei zu diesem Zweck der Beitrag von Gerhard *Fürst* gestellt, dem bisherigen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, über „Die amtliche Statistik im Dienste der Wirtschaftsforschung“ (S. 227 ff.). Er schildert sehr treffend die amtliche Statistik und ihre Arbeitsweise, die Wirtschaftsforschung als staatliche Aufgabe, wobei er die Notwendigkeit eines „statistischen Gesamtbildes der Wirtschaftsstruktur“ betont, dem sich ein „Bild des Wirtschaftsablaufs“ anschließen müsse. Die statistischen Arbeitsmethoden (Erhebung, Aufbereitung, Auswertung usw.) und ihre Organisation schildert Georges *Als* sehr genau auf Grund seiner Erfahrungen im Dienst der amtlichen Statistik in Luxemburg (S. 25 ff.), die notwendigen Voraussetzungen einer zutreffenden statistischen Erfassung Walther G. *Herrmann* in seinem Beitrag „Auskunftspflicht — Auskunftsbereitschaft, Betrachtungen aus dem Vorfeld der Statistik“ (S. 303 ff.); als Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik beim Bundesverband der deutschen Industrie in Köln hat er diese Probleme besonders gründlich kennengelernt. Die Bedeutung der amtlichen Statistik hebt er in dem Satz hervor: „Ohne Zweifel leistet der Staat über seine statistischen Dienste einen großen Beitrag zur Wirtschaftskunde“ (S. 312). Die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Erfassung der statistischen Daten entstehen, betont noch besonders Fritz *Grotius*, Direktor der Industrie- und Handwerksstatistik im Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Luxemburg), in dem Beitrag „Das Zählen und die Aufklärung“ (S. 267 ff.); er mußte feststellen, daß „die Informationswilligkeit gegenüber dem statistischen Engagement gering“ ist (S. 269). In diesem Zusammenhang sei auch der Beitrag von Heinrich *Strecker* (Tübingen) hervorgehoben: „Nachprüfungen als Mittel zur Feststellung systematischer Angabefehler in Erhebungen“ (S. 439 ff.), wobei er noch besonders auf das Stichprobenverfahren eingeht.

Ein besonders wichtiges, aber auch recht schwieriges Problem bildet von jeher die richtige Erfassung der „Arbeitsstätten“; mit ihm befaßt sich sehr gründlich Adolf *Blind* (Frankfurt/M.) in seinem Beitrag „Die Abgrenzung der Arbeitsstätten in der Wirtschaftsstatistik“ (S. 63 ff.). Er unterstreicht die Notwendigkeit, neben den verschiedenartigen Begriffen Betrieb, Unternehmen, Behörde usw. einen richtig abgegrenzten und eindeutig definierten Begriff zu gewinnen;

der die statistisch zu erfassenden wirtschaftlichen Gebilde nach ihren Zwecken und ihrer Organisation genau kennzeichnet. Eine ebenfalls recht interessante Einzelheit behandelt Gerhart *Bruckmann* (Wien) in dem Thema „Zur Ermittlung von Exportquoten“ (S. 109 ff.): dieses Thema hat zwar bisher in der statistischen Fachliteratur nur wenig Beachtung gefunden, ist aber bestimmt recht bedeutsam wegen der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und ist auch bereits 1936 von Wagenführ exakt behandelt worden. Weiter sei hingewiesen auf die Bergbaustatistik, die Ferdinand *Friedensburg* (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin) in dem Beitrag „Internationale Vergleichbarkeit der Bergbaustatistik“ (S. 219 ff.) behandelt, in der allerdings viele „Unzulänglichkeiten und Tücken . . . der Fachwelt seit jeher vertraut“ sind, die sich nur „mit viel Sorgfalt, Arbeitseinsatz und Scharfsinn einigermaßen ausgleichen und überwinden lassen“; um so mehr ist der Versuch des Verfassers zu begrüßen, für das Jahr 1956 „Einheitswerte für die wichtigeren Mineralien des Weltbergbaus“ aufzustellen und für die Zeit von 1860 bis 1962 den „Anteil der wichtigeren Länder am Weltbergbauwert“ nach Einheitswerten und in Prozenten zu berechnen.

Von allgemeiner Bedeutung für die Probleme der gegenwärtigen und künftigen Gestaltung der Gesamtproduktion und der Stellung des Menschen hierzu sind die folgenden Beiträge: Rolf *Krengel* (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), „Möglichkeiten und Grenzen der Messung des technischen Fortschritts“ (S. 351 ff.) — wobei er die Quellen über den Kriegsschiffbau als „relativ am zuverlässigsten“ bezeichnet. Rudolf *Regul* (Brügge), „Energiestatistik und Energiebilanzen“ (S. 395 ff.), ein Gegenstand, der noch recht jungen Datums ist, aber immer mehr an Bedeutung gewinnt. Schließlich noch eine recht kurze Darstellung von Jan *Tinbergen* (Rotterdam) über „Die statistischen Bedürfnisse einer Raumwirtschaftslehre“ (S. 445 bis 450), worin er vor allem hervorhebt, daß „die Nationalökonomie noch immer unter dem Mangel an guten Messungsergebnissen leidet“ (S. 447) und dadurch oft Theorien entwickelt werden, „die ungenügend wirklichkeitsnahe sind“.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß der Band auch wertvolle Untersuchungen über die Auswertung der statistischen Erhebungen in mathematischer Form enthält, wobei besonders auf den Beitrag von Willi R. *Bihn* (Kiel), „Die Sektorenkonzentration als analytisches Maß für Input-Output-Strukturen“ (S. 51 ff.), hinzuweisen ist, ebenso auf den Beitrag von Hans *Kellerer* (München) über „Mittlere Verweildauer und Umschlaghäufigkeit — zwei Kennzahlen für die Erneuerungsintensität von Bestandsmassen“ (S. 327 ff.).

Bezüglich der hier nicht im einzelnen erwähnten Beiträge sei abschließend noch darauf hingewiesen, daß es sich für den Leser des Werkes bestimmt lohnt, sie ebenfalls in sein Studium einzubeziehen!

Peter Quante, Kiel

Josef Kolbinger (Hrsg.): Betrieb und Gesellschaft. Soziale Betriebsführung. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 163 S.

Im Sommersemester 1965 wurde im Rahmen des Seminars für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre von Josef Kolbinger an der Wirtschaftshochschule Mannheim das Thema der „Sozialen Betriebsführung“ ausführlich erörtert und diskutiert, mit dem Erfolg, daß ein echtes „Kontaktgespräch“ zwischen Hochschule und Betriebspraxis, d. h. zwischen Hochschullehrern und Studenten einerseits und Exponenten der Sozialpartner andererseits zustande kam (vgl. „Einführung“ S. 7). Das Gesamtthema ist dabei in drei Gruppen aufgeteilt: Soziale Betriebsführung, Der Unternehmer als Träger sozialer Betriebsführung, Der Arbeitnehmer als betrieblicher Sozialpartner.

Im ersten Teil stellt Oswald v. Nell-Breuning fest, daß „betriebliche Sozialpolitik“ eine Ergänzung der offiziellen Sozialpolitik bedeutet. In dem sie „auf die eigene Belegschaft, auf deren und des arbeitgebenden Betriebs *privates* Wohl“ zielt (S. 16), was aber „keineswegs ausschließt, daß sie mittelbar auch dem allgemeinen Wohl zustatten kommt“. Darum müssen auch „die zwischenmenschlichen (sozialen) Beziehungen im Betrieb . . . die Gerechtigkeit zur Grundlage haben; darum dürfen Über- und Unterordnung nicht weitergehen, als sie durch Sachnotwendigkeiten erfordert werden“ (S. 17). Der folgende Beitrag von L. A. Geck befaßt sich ausgiebig mit der „Sozialen Betriebsführung nach den Grundsätzen einer Seinstheologie des Industriebetriebes“. Dabei behandelt er zunächst den Betrieb und seine menschliche Problematik „in natürlicher Sicht“ (S. 21 ff.) und äußert sich sodann „Zur Seinstheologie des (Industrie-)Betriebes“ (S. 29 ff.). Dabei hebt er mit Recht hervor, daß sich eigentlich erst seit dem Ende des Ersten Weltkrieges „eine allgemeine Erkenntnis der menschlichen Betriebsproblematik anbahnte“ (S. 23), die u. a. auch zur Bildung von Instituten für Betriebssoziologie geführt hat. Den „besonderen theologischen Sinn des Betriebes als Institution“ erklärt Geck „aus der ihm eigenen besonderen Aufgabe des Dienstes am Menschen durch Beschaffung von Gütern, von Mitteln für den Lebensunterhalt, von Betätigungsgelegenheit, damit für die persönliche Entfaltung der Menschen, dies alles in den Wirklichkeiten der Wiederverherrlichung Gottes“ (S. 32). Hieran schließen sich noch besondere Erörterungen zur Theologie des Menschen, speziell der „christlichen Anthropologie“, und zur Theologie des Handelns, speziell der Arbeit. Zu dem letzten Punkt stellt Geck allerdings fest, daß „ein flüchtiger Blick in das tatsächliche Arbeitsleben . . . eine in ihren Erscheinungsweisen zumeist viel weniger erfreuliche Wirklichkeit“ bietet (S. 38), was er als eine Folge der „Erbsünde“ hinstellt. Abschließend gelangt er zu der These: „Der reinen Humanitätshaltung sind zwar ans Erstaunliche grenzende Erfolge möglich gewesen und bleiben weiterhin ihr möglich. Aber dem aus christlicher Erkenntnis und christlich-religiösem Streben Handelnden dürfte Weiteres und Tieferes gelingen, wenngleich vielleicht auch erst nach besonderen Mühen und Wartezeiten, während derer der Boden bereitet wird“ (S. 48).

Die dem Inhalt und dem Umfang nach ausgiebigste Behandlung erfährt das Thema Soziale Betriebsführung und Betriebswirtschaftslehre in dem Beitrag des Herausgebers: „Soziale Betriebsführung — Betriebswirtschaftslehre als Sozialwissenschaft“ (S. 51 ff.). Dabei geht *Kolbinger* besonders kritisch auf das „Taylor-System“ mit seiner „naturwissenschaftlichen Betriebsführung“ sowie auf den Begriff der „Human-Relations“ ein und gelangt zu dem Ergebnis (auf S. 63): „Es müßte demnach grundsätzlich darum gehen, ein sozialwissenschaftliches System der Betriebsführung zu entwerfen, das sowohl die Schwächen der Human-Relations (gemäß deren Einseitigkeit) wie auch jene des Taylorismus (infolge dessen naturwissenschaftlicher Orientierung) zu beseitigen geeignet wäre“. Er weist in diesem Zusammenhang auch besonders darauf hin, „daß die Wirtschaftswissenschaft auf dem Wege ist, ihr Verhältnis zur Soziologie und damit ihre Stellung innerhalb der Sozialwissenschaften einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen“ (S. 64). Zu sehr wichtigen positiven Feststellungen gelangt er dann in dem Abschnitt „Zum Problem der Betriebswirtschaftslehre als sozialwissenschaftliches System“ (S. 74 ff.), worin er besonders auch auf die „Werbe-, Organisations- und Assoziierungsfunktion“ (S. 86 ff.) eingeht und mit einem „Exkurs zu den sozialen Geltungsgrößen“ (S. 95 ff.) abschließt. Am Schluß weist er nochmals ausdrücklich darauf hin, daß „Betriebswirtschaftslehre und wissenschaftliche Betriebsführung ... einer geistes- und nicht einer naturwissenschaftlichen Orientierung bedürfen“ (S. 97).

Nach dem Abschluß dieser sozusagen grundsätzlichen Erörterung werden dann die Probleme der Unternehmer und der Arbeitnehmer im Hinblick auf bestimmte Einzelfragen erörtert. *Walter Heinrich* (Wien) sieht „Betrieb und Unternehmer vor den Toren einer neuen Zeit“ (S. 101 ff.), wobei er vor allem die „Umschichtung der industriellen Gesellschaft“ hervorhebt, die „neue Leitbilder für die Politik der Unternehmungen erzwingen ... Leitbilder, die nicht ohne entsprechenden Einsatz der Unternehmer in ihren Verbänden und nicht ohne Einsatz von Unternehmern in der Öffentlichkeit und in der Politik selbst Wirksamkeit erlangen werden“ (S. 106). In ähnlichem Sinne sieht *D. Fertsch-Röver* (Frankfurt/M.) die „Probleme der Förderung und Auslese des unternehmerischen Nachwuchses im Sinne sozialer Betriebsführung“ (S. 109 ff.), wobei er die bewußte Auslese dieses Nachwuchses (an Stelle des Zufalls) als notwendig erklärt, da wir an der Spitze der Unternehmung „fähige, charakterfeste und in der Menschenführung begabte Persönlichkeiten“ brauchen (S. 114 f.).

Im letzten Abschnitt „Der Arbeitnehmer als betrieblicher Sozialpartner“ klärt *Guido Fischer* (München) in seinem Beitrag „Theorie und Praxis der betrieblichen Partnerschaft“ (S. 123 ff.) zunächst den Begriff der Partnerschaft im deutschsprachigen Wirtschaftsraum im Gegensatz zur angelsächsischen „partnership“ und stellt dann fest, „daß die betriebliche Leistung und damit auch die volkswirtschaftliche Produktivität nur durch ein günstiges Zusammenwirken von Arbeit und Kapital erreicht werden kann“ (S. 124), wie es in den Wirtschafts-

wissenschaften, und zwar sowohl in der Volkswirtschaftslehre als auch in der Betriebswirtschaftslehre schon seit längerem klargelegt ist, ohne daß dieser theoretisch richtigen Erkenntnis die praktische Verwirklichung bereits gefolgt wäre. Der Unternehmer G. P. *Spindler* (Hilden) behandelt „Unternehmensführung zwischen Wettbewerb und sozialer Verpflichtung“ (S. 139 ff.), wobei er besonders auf seine eigenen Erfahrungen mit der Durchführung der „Partnerschaft“ eingeht. Als „Praktiker“ besonderer Art behandelt der Arbeitsdirektor A. *Jungbluth* (Salzgitter) das Thema „Realisierung der Vorstellungen über Mitwissen, Mitdenken, Mitwirken, Mitverantworten und Mitbestimmen in der Wirtschaftspraxis“ (S. 147 ff.) aus seinen reichen beruflichen Erfahrungen in der betrieblichen Personalpolitik heraus. Abschließend geht dann noch H. *Ehrenberg* (Frankfurt/M.) auf die „Vermögensbildung für Arbeitnehmer als Bestandteil gewerkschaftlicher Einkommenspolitik“ (S. 157 ff.) ein, ein Thema, das seit dem Zweiten Weltkrieg „nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist“.

Besonders wichtig an den hier behandelten Erörterungen ist m. E. der — gelungene Versuch, zwischen betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen eine Abstimmung und damit eine Einigung herbeizuführen, wobei noch besonders auf die Bedeutung der „seinstheologischen“ Beziehungen hingewiesen sei.

Peter Quante, Kiel